

Bankrecht 2024

Von RA Arne Maier, Esslingen*

Der Beitrag gibt einen Überblick über die – verbraucherrechtlich relevante – Rechtsprechung zu bankrechtlichen Themen im Jahr 2024.¹ Wie in den Vorjahren² werden Entscheidungen zum Darlehensvertrag (I), zur Bürgschaft (II) und zum Bankkonto (III) dargestellt. Das Kapitalanlagerecht wurde in diesem Jahr ausgespart.

I. Darlehensvertrag

1. Widerruf des Darlehensvertrags³

a) *Geänderte Vorzeichen durch EuGH v. 21.12.2023 (BMW Bank u.a.).* Im Jahr 2024 war die deutsche Rechtsprechung zum Darlehenswiderruf geprägt durch das EuGH-Urteil BMW Bank u.a. v. 21.12.2023⁴, insbesondere durch die beiden für die Anbieter günstigen neuen Vorgaben, dass

- die Widerrufsfrist trotz unvollständiger oder fehlerhafter Pflichtangaben zu laufen beginnt, wenn der Darlehensnehmer seine Rechte und Pflichten dennoch einschätzen kann und seine Rechte im Wesentlichen unter denselben Bedingungen ausüben kann, die bei vollständiger und zutreffender Information vorgelegen hätten⁵ (Erheblichkeitserfordernis)⁶ und
- das Widerrufsrecht ohne Weiteres erlischt, wenn der Darlehensvertrag vollständig erfüllt ist (dazu unten Abschnitt I.1.e).⁷

Bei noch nicht vollständig erfüllten Darlehensverträgen hat das neue Erheblichkeitserfordernis den bisherigen Rechtsmissbrauch als Anti-Widerrufsjoker weitgehend abgelöst. Die bisherigen Ansatzpunkte für einen vermeintlichen Rechtsmissbrauch seien „nunmehr bereits im Rahmen der Kausalität des Informationsdefizits zu berücksichtigen.“⁸ Das Erheblichkeitserfordernis soll zB den Kaskadenverweis in der Widerrufsinformation (dazu sogleich Abschnitt I.1.b) und unvollständige Angaben zum Verzugszinssatz (dazu unten Abschnitt I.1.d) heilen.

Die verbraucherfreundlichen Elemente des EuGH-Urteils v. 21.12.2023, dass

- die Gesetzlichkeitsfiktion des Musters für die Widerrufsinformation (Art. 247 § 6 Abs. 2 Satz 3 EGBGB) in ihrer Auslegung durch die deutsche Rechtsprechung⁹ mit der Verbraucherkredit-Richtlinie 2008/48/EG nicht vereinbar ist¹⁰,
- das vom XI. BGH-Zivilsenat angenommene Leistungsverweigerungsrecht des Darlehensgebers beim Widerruf eines verbundenen Darlehensvertrags¹¹ gegen den unionsrechtlichen Effektivitätsgrundsatz verstößt¹² und
- der Widerruf nicht rechtsmissbräuchlich ist, wenn wegen einer unvollständigen oder fehlerhaften Information im Darlehensvertrag die Widerrufsfrist nicht angelaufen ist¹³, spielen in der deutschen Rechtsprechung dagegen keine wesentliche Rolle mehr.

Die unionsrechtlichen Einwände (der Großen Kammer)¹⁴ des EuGH gegen die Gesetzlichkeitsfiktion des Informationsmusters und gegen das Leistungsverweigerungsrecht des Darlehensgebers hat der (kleine)¹⁵ XI. BGH-Zivilsenat als „contra legem“ verworfen.¹⁶ Die Gesetzlichkeitsfiktion sei als Richtlinienkonformitäts-

* Der Autor ist Rechtsanwalt mit den Tätigkeitsschwerpunkten Arbeits- und Verbraucherrecht. Er ist Mitherausgeber der VuR

1 Siehe auch die Rechtsprechungsübersichten zum Bankrecht (Grüneberg WM 2025, 1; Stackmann NJW 2024, 2295), zum Zahlungsdiensterecht (s.u. Fn. 193) und zum Kapitalanlagerecht (Sander WM 2025, 421; Herrmann WM 2025, 325; Grüneberg WM 2025, 1, Rn. 36-39 [Abschnitt V]; Maume NJW 2025, 940 [Abschnitt I]; Stackmann NJW 2025, 199). Zum Datenschutzrecht in der Finanzwirtschaft 2024 siehe Hessel/Callewaert BKR 2025, 353.

2 Maier VuR 2024, 203; VuR 2023, 163; VuR 2022, 163; VuR 2021, 203; VuR 2020, 166; VuR 2019, 163; VuR 2018, 163; VuR 2017, 163; VuR 2016, 208; VuR 2015, 167; VuR 2014, 123; VuR 2013, 163.

3 Genau genommen widerruft der Verbraucher nicht den Darlehensvertrag, sondern seine auf den Abschluss des Darlehensvertrags gerichtete Willenserklärung (§ 495 Abs. 1, § 355 Abs. 1 Satz 1 BGB). Zur aktuellen Rechtsprechung des XI. BGH-Zivilsenats zum Darlehenswiderruf auch Grüneberg BKR 2025, 337, und WM 2025, 1, Rn. 12 ff. (Abschnitt II); Freitag BKR 2025, 10.

4 EuGH v. 21.12.2023 – C-38/21, C-47/21, C-232/21, ECLI:EU:C:2023:1014 (BMW Bank u.a.), VuR 2024, 182 mAnm Maier = NJW 2024, 809 mAnm Fischer NJW 2024, 797 (die Anm. behandelt insbesondere den Widerruf bei KFZ-Leasing, dazu unten Abschnitt I.1.h) = BKR 2024, 383 mAnm Hampe BKR 2024, 366 = WM 2024, 249 = ZIP 2024, 181 (Ls.) = EuZW 2024, 322 mAnm Gräfe = JZ 2024, 301 (Ls.) mAnm Stoffels = EWIR 2024, 65 (Koch). Dazu auch Maier VuR 2024, 203 (203 f.).

5 EuGH v. 21.12.2023 – C-38/21 u.a. (BMW Bank u.a.), 9. Leitsatz, Rn. 257 ff., aaO (s.o. Fn. 4).

6 Andere Bezeichnungen für das neue Erheblichkeitserfordernis: Kausalität/Relevanz (Grüneberg BKR 2025, 337 [338 f., Abschnitt IV.1], und WM 2025, 1, Rn. 20 ff.) oder Irrelevanztheorie (Freitag BKR 2025, 10 [14 ff.]).

7 EuGH v. 21.12.2023 – C-38/21 u.a. (BMW Bank u.a.), 11. Leitsatz Satz 1, Rn. 274-279, 292, aaO (s.o. Fn. 4).

8 Grüneberg BKR 2025, 337 (347, Abschnitt V), und WM 2025, 1, Rn. 27.

9 Zur richtlinienkonformen Auslegung der Gesetzlichkeitsfiktion Maier VuR 2024, 182 (188, Abschnitt 2.3.b).

10 EuGH v. 21.12.2023 – C-38/21 u.a. (BMW Bank u.a.), 5. Leitsatz, Rn. 212 ff. (insbesondere Rn. 220), aaO (s.o. Fn. 4). Dazu Maier VuR 2024, 182 (188, Abschnitt 2.3.a).

11 ZB BGH v. 14.2.2023 – XI ZR 537/21, VuR 2023, 197 (Ls.) = NJW 2023, 1287, und XI ZR 152/22, VuR 2023, 197 (Ls.) = NJW 2023, 1283.

12 EuGH v. 21.12.2023 – C-38/21 u.a. (BMW Bank u.a.), 13. Leitsatz, Rn. 300 ff., aaO (s.o. Fn. 4).

13 EuGH v. 21.12.2023 – C-38/21 u.a. (BMW Bank u.a.), 11. Leitsatz Satz 2, Rn. 273, 280 ff., aaO (s.o. Fn. 4). Zu den hohen Anforderungen („Ausnahmecharakter“) an die rechtsmissbräuchliche Ausübung des Außergewöhnlichkeits-Widerrufsrechts (§ 312g Abs. 1 BGB) BGH v. 20.2.2025 – VII ZR 133/24, VuR 2025, 193 mAnm Diehm = WM 2025, 635 = ZIP 2025, 778.

14 Maier VuR 2024, 182 (189, letzter Absatz).

15 Grüneberg BKR 2025, 337 (337, 345), und WM 2025, 1, Rn. 12; Kalisz BKR 2024, 378 (379, Abschnitt I); Kalisz/Lühmann WM 2024, 1982, Rn. 47; Lühmann/Kalisz EWIR 2024, 129 (130, Abschnitt 3.2).

16 BGH v. 27.2.2024 – XI ZR 258/22, VuR 2024, 189 mAnm Maier = BGHZ 239, 337 = NJW 2024, 1504 mAnm Schneider NJW 2024, 1468 = BKR 2024, 372 mAnm Kalisz = WM 2024, 736 = ZIP 2024, 625 = JZ 2024, 411 (Ls.) mAnm Piekenbrock = DAR 2024, 505 mAnm Richter DAR 2024, 527 = ZIP 2024, 1314 (Spörel) = WuB 2024, 290 (Lühmann). Dazu BGH Pressemitteilung Nr. 37/2024 v. 27.2.2024. Zur Gesetzlichkeitsfiktion: 1. Leitsatz, Rn. 19-24 (zustimmend zB OLG Stuttgart v. 20.3.2024 – 6 U 102/21, BeckRS 2024, 6459, Rn. 17, und v. 30.4.2024 – 6 U 629/20, BeckRS 2024, 10129, Rn. 23). Zum Leistungsverweigerungsrecht: 8. Leit-

fiktion zu behandeln.¹⁷ Denn es liege auf der Hand, dass die Fiktion ihren Sinn nur dann entfalte, wenn das Muster den Vorgaben der Richtlinie nicht genügt.¹⁸ Das vermeintliche Leistungsverweigerungsrecht des Darlehensgebers und ein vermeintlicher Rechtsmissbrauch des Darlehensnehmers dürften angesichts der oben genannten anbieterfreundlichen neuen EuGH-Vorgaben als Anti-Widerrufsjoker aber ohnehin ausgedient haben.¹⁹ Auch die Gesetzlichkeitsfiktion wird in der Regel nicht mehr benötigt, um den Widerruf zu verwerfen.²⁰

b) Widerrufsinformation. Der *Kaskadenverweis* in der Widerrufsinformation („alle Pflichtangaben nach § 492 Abs. 2 BGB“) hindere das Anlaufen der Widerrufsfrist nicht (mehr).²¹ Das mit dem Kaskadenverweis verbundene Informationsdefizit sei nicht erheblich im Sinne der neuen EuGH-Vorgaben.²² Für die Widerrufsinformation ist das Erheblichkeitserfordernis aber gar nicht einschlägig. Im Hinblick auf das Widerrufsrecht führen die fehlerhafte und die fehlende Widerrufsbelehrung gleichermaßen zu einer Irreführung des Verbrauchers.²³

Beim Kaskadenverweis kommt hinzu, dass der Verbraucher anhand dieses Verweises weder den Umfang seiner vertraglichen Verpflichtung bestimmen noch überprüfen kann, ob der von ihm abgeschlossene Vertrag alle nach Art. 10 Verbraucher kredit-Richtlinie erforderlichen Angaben enthält, und erst recht nicht, ob die ihm zur Verfügung stehende Widerrufsfrist für ihn zu laufen begonnen hat.²⁴ Die Annahme des XI. BGH-Zivilsenats, diese Informationsdefizite seien unerheblich, liegt doch sehr fern.

Demgegenüber hat das Kammergericht zutreffend erkannt, dass die Unvollständigkeit bzw. Fehlerhaftigkeit einer Widerrufsinformation mit Kaskadenverweis sich hinsichtlich des Beginns der Widerrufsfrist auf die Befähigung des Verbrauchers auswirkt, den Umfang seiner aus dem Darlehensvertrag herrührenden Rechte und Pflichten einzuschätzen, und ihm die Möglichkeit nimmt, seine Rechte unter im Wesentlichen denselben Bedingungen wie denen auszuüben, die vorgelegen hätten, sofern die Information vollständig und zutreffend erteilt worden wäre.²⁵ Beim Kaskadenverweis dürften selbst überdurchschnittlich gebildete Nicht-Juristen in Anbetracht der Vielzahl und Unübersichtlichkeit der Gesetzesnormen regelmäßig den Überblick darüber verlieren, welche Informationen erforderlich sind, um den Lauf der Widerrufsfrist auszulösen.²⁶

Etwaige (wenn auch fernliegende) Zweifel an der Erheblichkeit des durch den Kaskadenverweis ausgelösten Informationsdefizits wären deshalb dem EuGH vorzulegen.²⁷ Dann dürfte dem Rückschwenk des XI. Zivilsenats²⁸, der Kaskadenverweis sei (wieder) unschädlich, nur eine kurze Halbwertszeit beschieden sein.

Wird in der Widerrufsinformation zu einem Darlehensvertrag ein *Bausparvertrag als verbundener Vertrag* angegeben, erkennt auch der XI. Zivilsenat ein erhebliches Informationsdefizit.²⁹

c) Gesetzlichkeitsfiktion. Trotz der Einwände des EuGH hält der XI. BGH-Zivilsenat daran fest, dass die Gesetzlichkeitsfiktion (Art. 247 § 6 Abs. 2 Satz 3 EGBGB) nur als Richtlinienkonformitätsfiktion zu verstehen sei (oben Abschnitt I.1.a).

Die Gesetzlichkeitsfiktion bleibe erhalten, wenn der pro Tag zu zahlende Zinsbetrag (Art. 247 § 6 Abs. 2 Satz 2 EGBGB) mit „0 EUR“³⁰ oder gar nicht³¹ angegeben wird, in der zweiten Variante der Darlehensgeber aber in den Darlehensbedingungen für den Fall des Widerrufs auf die Zinsen verzichtet. Auch die Widerrufsinformation bleibe dann ordnungsgemäß.

Für den Erhalt der Gesetzlichkeitsfiktion genüge eine den verbundenen Vertrag gegenüber anderen Verträgen abgrenzende Individualisierung, die durch die Benennung des Vertragsgegenstands genauso erfolgen könne wie durch die Verwendung einer Bezeichnung, die dem verbundenen Vertrag im Text des Darlehensvertrags zugeordnet ist.³² Der Gesetzlichkeitsfiktion stehe es deshalb nicht entgegen, wenn die Anmeldung des Verbrauchers zu einer Restschuldversicherung in der Variante KSB Plus in der Widerrufsinformation als „Anmeldung zum KSB/KSB Plus“ bezeichnet wird.³³

Der Darlehensgeber könne sich dagegen nicht auf die Gesetzlichkeitsfiktion berufen, wenn er in der Widerrufsinformation die Angabe von weiteren verbundenen Verträgen mit dem Zusatz „ggf.“ versieht.³⁴ Im Ergebnis soll es darauf freilich nicht ankommen, die Widerrufsfrist laufe trotzdem an.³⁵

satz, Rn. 51 (zustimmend zB OLG Stuttgart v. 28.3.2024 – 6 U 64/23, BeckRS 2024, 6684, Rn. 9-11).

17 Dagegen Maier BKR 2020, 225 (227 f.).

18 Grünberg NJW 2024, 993, Rn. 9 (zweite Hälfte), BKR 2025, 337 (339, Abschnitt IV.2), und WM 2025, 1, Rn. 13.

19 Maier VuR 2024, 182 (185, Abschnitt 2.1.2). Hinsichtlich des Rechtsmissbrauchs zweifelnd LG Ravensburg v. 9.4.2024 – 2 O 214/20, 2 O 103/21, aaO (s.u. Fn. 62), Vorlagefragen 5 und BeckRS 2024, 7269, Rn. 56. Die Zweifel des LG Ravensburg sind begründet (Grüneberg BKR 2025, 337 [346], und WM 2025, 1, Rn. 27: „Dagegen ist die Frage offen, ob dem Darlehensnehmer auch bei Widerruf eines noch laufenden Darlehensvertrags der Einwand des Rechtsmissbrauchs entgegengehalten werden kann.“).

20 ZB BGH v. 25.1.2025 – XI ZR 560/20, Rn. 12, aaO (s.u. Fn. 34), und v. 28.1.2025 – XI ZR 371/21, Rn. 20.

21 BGH v. 15.10.2024 – XI ZR 39/24 (vormals XI ZR 228/21), VuR 2025, 100 mAnm Maier = NJW 2025, 160 mAnm Nettekoven/Berger = WM 2024, 2186 = ZIP 2024, 2817 = ZIP 2025, 72 (Herresthal) = WuB 2025, 53 (Müller-Christmann) = LMK 2025, 801496 (Schinkels). Dazu Grüneberg BKR 2025, 337 (340 f., Abschnitt IV.3.a), und WM 2025, 1, Rn. 24 f. (Abschnitt II.2.b). Anders noch BGH v. 27.10.2020 – XI ZR 498/19, Rn. 13 ff., VuR 2021, 102 mAnm Maier = NJW 2021, 307 mAnm Lühmann. Anders auch KG Berlin v. 23.5.2024 – 8 U 112/22, aaO (s.u. Fn. 25).

22 BGH v. 15.10.2024 – XI ZR 39/24, Rn. 22-28, aaO (s.o. Fn. 21).

23 EuGH v. 10.4.2008 – C-412/06, ECLI:EU:C:2008:215 (Hamilton), NJW 2008, 1865, Rn. 35. Dazu Maier VuR 2025, 100 (105, Abschnitt 1.b).

24 EuGH v. 21.12.2023 – C-38/21 u.a. (BMW Bank u.a.), Rn. 219, aaO (s.o. Fn. 4). So auch BGH v. 15.10.2024 – XI ZR 39/24, Rn. 20, aaO (s.o. Fn. 21).

25 KG Berlin v. 23.5.2024 – 8 U 112/22, VuR 2024, 435 (Ls.).

26 Freitag BKR 2025, 10 (11).

27 Schinkels LMK 2025, 801496.

28 Zu diesem Rückschwenk Maier VuR 2025, 100 (105).

29 BGH v. 8.10.2024 – XI ZR 19/23, Rn. 35, VuR 2025, 75 (Ls.) = NJW-RR 2025, 109 = BKR 2025, 264 mAnm Freise = WM 2024, 2231 = ZIP 2024, 2869 = ZIP 2025, 185 (Salger).

30 BGH v. 24.9.2024 – XI ZR 32/22, Rn. 32 f., aaO (s.u. Fn. 44). Zur Angabe der Tageszinsen mit „0 Euro“ siehe Thürmer VuR 2019, 416; Maier VuR 2021, 203 (207, Abschnitt I.5.a), und EuGH v. 21.12.2023 – C-38/21 u.a. (BMW Bank u.a.), Rn. 102, 231-240, aaO (s.o. Fn. 4).

31 BGH v. 27.2.2024 – XI ZR 258/22, Rn. 25 f., aaO (s.o. Fn. 16).

32 BGH v. 17.12.2024 – XI ZR 89/21, VuR 2025, 198 (Ls.) = NJW 2025, 970 = BKR 2025, 234 = WM 2025, 247 = ZIP 2025, 305 = ZIP 2025, 813 (Kopp) = WuB 2025, 119 (Birne).

33 BGH v. 17.12.2024 – XI ZR 89/21, Rn. 18 ff., aaO (s.o. Fn. 32).

34 BGH v. 25.1.2025 – XI ZR 560/20, VuR 2025, 198 (Ls.) = NJW-RR 2025, 431 = WM 2025, 347 = ZIP 2025, 502 = ZIP 2025, 1072 (Hettenbach).

35 BGH v. 25.1.2025 – XI ZR 560/20, Rn. 12, aaO (s.o. Fn. 34). Entsprechend BGH v. 28.1.2025 – XI ZR 371/21, Rn. 22, für den Zusatz „soweit abgeschlossen“ (Rn. 5).

d) *Weitere Pflichtangaben.* Hinsichtlich der weiteren Pflichtangaben ist das neue Erheblichkeitserfordernis (oben Abschnitt I.1.a) zu beachten. Demnach dürften unvollständige Angaben häufig unerheblich sein, so dass die Widerrufsfrist dennoch anläuft.

- *Pflichtangabe Art des Darlehens.*³⁶ Als Art des Darlehens muss ggf. klar und verständlich angegeben werden, dass es sich um einen verbundenen Darlehensvertrag handelt und dass der Vertrag befristet ist.³⁷ Befristete und unbefristete Darlehen unterscheiden sich im Grundsatz dadurch, dass unbefristete Darlehen zur Fälligkeit des Darlehensrückzahlungsanspruchs einer Kündigung bedürfen, während dies bei befristeten Darlehen nicht der Fall ist. Kündigungsrechte stehen einer Befristung aber nicht entgegen.³⁸ Ein Immobiliardarlehen, bei dem das Kapitalnutzungsrecht des Darlehensnehmers über die Dauer der anfänglichen Zinsbindung hinausgeht (unechte Abschnittsfinanzierung), sei befristet.³⁹
- *Pflichtangabe Vertragslaufzeit.*⁴⁰ Die Vertragslaufzeit ist die Dauer, für die der Darlehensvertrag nach der Vereinbarung der Parteien bestehen soll und für die der Darlehensgeber dem Darlehensnehmer ein Kapitalnutzungsrecht einräumt. Die Laufzeit kann durch ein Enddatum oder die Dauer in Jahren und Monaten angegeben werden.⁴¹ Die Angabe einer „vorraussichtlichen Vertragslaufzeit“, die an der Zahl der vereinbarten Tilgungsraten anknüpft, genüge diesen Anforderungen, wenn zugleich klargestellt wird, dass Änderungen von Zinssatz und Tilgung zu einer Veränderung der Laufzeit führen können.⁴²
- *Pflichtangabe Gesamtbetrag.*⁴³ Marginale Rundungsfehler sind nicht geeignet, dem Darlehensnehmer ein unzutreffendes Bild seiner wirtschaftlichen Gesamtbelastung zu vermitteln.⁴⁴
- *Pflichtangabe Auszahlungsbedingungen.*⁴⁵ Bei einem finanzierten Fahrzeugkauf erfordert die Information über die Auszahlungsbedingungen keinen Hinweis darauf, dass der Darlehensnehmer in Höhe des ausgezahlten Betrags von seiner Verbindlichkeit auf Bezahlung des Kaufpreises befreit wird.⁴⁶ Eine im Darlehensvertrag enthaltene Klausel, die dem Darlehensgeber eine Befugnis zur nachträglichen Änderung der Auszahlungsbedingungen einräumt, soll – unabhängig von ihrer AGB-rechtlichen Wirksamkeit – nichts an der Erfüllung der Pflichtangabe ändern.⁴⁷ Stattdessen sollte offensichtlich sein, dass die Klausel – unabhängig von ihrer AGB-rechtlichen Wirksamkeit – auch die Vollständigkeit der konkret angegebenen Auszahlungsbedingungen verunklart.⁴⁸ Auch nachträgliche Entgelterhöhungen müssen für den Darlehensnehmer vorhersehbar und nachvollziehbar sein.⁴⁹
- *Pflichtangabe effektiver Jahreszins.*⁵⁰ Für die Berechnung des effektiven Jahreszinses ist auf das Datum des Vertragsschlusses abzustellen, wenn der Darlehensnehmer bestimmen kann, wann er das Darlehen in Anspruch nehmen will.⁵¹ Ab dem Ende der Festzinsperiode ist für den Sollzins der Zins zugrunde zu legen, der dem Referenzzinssatz (oder dem vereinbarten Indikator) zum Zeitpunkt der Berechnung des effektiven Jahreszinses entspricht.⁵² Die Kosten einer Ratenschutzversicherung sind in die Berechnung des effektiven Jahreszinses einzubeziehen, wenn die Versicherung für die Darlehens-

vergabe verlangt wird.⁵³ Die Angabe des effektiven Jahreszinses wird nicht dadurch fehlerhaft, dass bestimmte Vertragsklauseln sich im Nachhinein als unwirksam erweisen.⁵⁴

- *Pflichtangabe Fälligkeit der Teilzahlungen.*⁵⁵ Eine Tagesangabe zur Fälligkeit der Teilzahlungen ist entbehrlich, wenn der Darlehensvertrag folgende Angaben enthält: Monat und Jahr der Fälligkeit der ersten Rate und der Schlussrate, Auszahlungstag und Fälligkeit der ersten Rate 30 Tage nach Darlehensauszahlung.⁵⁶
- *Pflichtangabe Tilgungsplan.*⁵⁷ Die Angabe zum Anspruch des Darlehensnehmers auf einen Tilgungsplan bedarf keines besonderen Hinweises auf dessen Kostenfreiheit.⁵⁸
- *Pflichtangabe Verzugszinssatz.*⁵⁹ Die Unvollständigkeit⁶⁰ der Angabe zum Verzugszinssatz („fünf Prozentpunkte über dem

36 Pflichtangabe Art des Darlehens: Art. 10 Abs. 2 lit. a VerbrKrRL; § 492 Abs. 2 BGB iVm Art. 247 § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, § 3 Abs. 1 Nr. 2 EGBGB.

37 BGH v. 27.2.2024 – XI ZR 258/22, 2. Leitsatz, Rn. 28-31, aaO (s.o. Fn. 16).

38 BGH v. 3.12.2024 – XI ZR 151/23, 1. Leitsatz, Rn. 16-18, VuR 2025, 120 (Ls.) = NJW-RR 2025, 300 = BKR 2025, 318 mAnm Feldhusen = WM 2025, 120 = ZIP 2025, 193.

39 BGH v. 3.12.2024 – XI ZR 151/23, 1. Leitsatz, Rn. 9, 19, aaO (s.o. Fn. 38). So auch die Vorinstanz (OLG Karlsruhe v. 11.7.2023 – 17 U 11/22, WM 2023, 639). Demgegenüber ist das OLG Frankfurt a.M. bei einer unechten Abschnittsfinanzierung ohne Weiteres von einem unbefristeten Darlehen ausgegangen (OLG Frankfurt a.M. v. 21.12.2018 – 23 U 82/18, BeckRS 2018, 54824, Rn. 79-81).

40 Pflichtangabe Vertragslaufzeit: Art. 10 Abs. 2 lit. c VerbrKrRL; § 492 Abs. 2 BGB iVm Art. 247 § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, § 3 Abs. 1 Nr. 6 EGBGB.

41 BGH v. 3.12.2024 – XI ZR 151/23, 2. Leitsatz, Rn. 21, aaO (s.o. Fn. 38).

42 BGH v. 3.12.2024 – XI ZR 151/23, 2. Leitsatz, Rn. 10, 22, aaO (s.o. Fn. 38).

43 Pflichtangabe Gesamtbetrag: Art. 10 Abs. 2 lit. d VerbrKrRL; § 492 Abs. 2 BGB iVm Art. 247 § 6 Abs. 1 Nr. 1, § 3 Abs. 1 Nr. 8, § 6 Abs. 3 EGBGB.

44 BGH v. 24.9.2024 – XI ZR 32/22, 1. Leitsatz, Rn. 45 f., VuR 2024, 477 (Ls.) = NJW-RR 2024, 1366 = WM 2024, 1955 = ZIP 2024, 2459 = ZIP 2024, 2635 (Piekenbrock) = WuB 2025, 9 (Suchowerskyj).

45 Pflichtangabe Auszahlungsbedingungen: Art. 10 Abs. 2 lit. d VerbrKrRL; § 492 Abs. 2 BGB iVm Art. 247 § 6 Satz 1 Nr. 1, § 3 Abs. 1 Nr. 9 EGBGB.

46 BGH v. 4.6.2024 – XI ZR 113/21, 1. Leitsatz, Rn. 41, VuR 2024, 435 = NJW-RR 2024, 918 = WM 2024, 1207 = ZIP 2024, 1532 = ZIP 2024, 2007 (Schmidt) = WuB 2024, 365 (Zimmermann) = LMK 2024, 816860 (Jungmann). Der BGH verweist hierfür auf EuGH v. 9.9.2021 – C-33/20 u.a. (Volkswagen Bank u.a.), 2. Leitsatz, Rn. 78, 80, aaO (s.u. Fn. 77).

47 BGH v. 15.10.2024 – XI ZR 39/24, Rn. 48, aaO (s.o. Fn. 21), und v. 17.12.2024 – XI ZR 314/21, Rn. 34, VuR 2025, 198 = NJW-RR 2025, 302 = WM 2025, 250 = ZIP 2025, 434 = ZIP 2025, 758 (Maier) = WuB 2025, 124 (Bartlitz).

48 Maier ZIP 2025, 758 (759, Ziffer 3.3); Bartlitz WuB 2025, 124 (126 f.).

49 EuGH v. 13.2.2025 – C-472/23, ECLI:EU:C:2025:89 (Lexitor), 2. Leitsatz, Rn. 37-47, ZIP 2025, 569 = ZIP 2025, 684 (Graf von Westphalen).

50 Pflichtangabe effektiver Jahreszins: Art. 10 Abs. 2 lit. g VerbrKrRL; § 492 Abs. 2 BGB iVm Art. 247 § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, § 3 Abs. 1 Nr. 3, § 6 Abs. 3 EGBGB.

51 BGH v. 3.12.2024 – XI ZR 151/23, 3. Leitsatz, Rn. 11, 25, aaO (s.o. Fn. 38). Dazu Nr. IIa Anlage zu § 6 PangV aF = Nr. 2a Anlage zu § 16 PangV.

52 BGH v. 3.12.2024 – XI ZR 151/23, 3. Leitsatz, Rn. 11, 26, aaO (s.o. Fn. 38). Dazu Nr. IIj Anlage zu § 6 PangV aF = Nr. 2k Anlage zu § 16 PangV.

53 BGH v. 24.9.2024 – XI ZR 32/22, Rn. 47 f., aaO (s.o. Fn. 44). Umkehrschluss aus § 6 Abs. 4 Nr. 2 PangV aF = § 16 Abs. 4 Nr. 2 PangV.

54 EuGH v. 13.2.2025 – C-472/23 (Lexitor), 1. Leitsatz, Rn. 24-36, aaO (s.o. Fn. 49).

55 Pflichtangabe Fälligkeit der Teilzahlungen: Art. 10 Abs. 2 lit. h VerbrKrRL; § 492 Abs. 2 BGB iVm Art. 247 § 6 Satz 1 Nr. 1, § 3 Abs. 1 Nr. 7 EGBGB.

56 BGH v. 10.12.2024 – XI ZR 85/22, Rn. 30-32, VuR 2025, 198 = NJW-RR 2025, 363 = WM 2025, 197 = ZIP 2025, 251 = ZIP 2025, 942 (Haertlein/Stößer).

57 Pflichtangabe Tilgungsplan: Art. 10 Abs. 2 lit. i VerbrKrRL; § 492 Abs. 2 BGB iVm Art. 247 § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 EGBGB iVm § 492 Abs. 3 Satz 2 BGB.

58 BGH v. 4.6.2024 – XI ZR 113/21, 3. Leitsatz, Rn. 40, aaO (s.o. Fn. 46).

59 Pflichtangabe Verzugszinssatz: Art. 10 Abs. 2 lit. l VerbrKrRL; § 492 Abs. 2 BGB iVm Art. 247 § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, § 3 Abs. 1 Nr. 11 EGBGB.

60 BGH v. 27.2.2024 – XI ZR 258/22, Rn. 32 f., aaO (s.o. Fn. 16).

- Basiszinssatz“ ohne Angaben zum Basiszinssatz) sei (wieder) unschädlich und hindere das Anlaufen der Widerrufsfrist deshalb nicht (mehr).⁶¹ Diese Frage ist beim EuGH bereits anhängig.⁶² Unschädlich soll es auch sein, wenn der Vertrag gar keine Angaben zur Berechnung des „Verzugsschadens“ enthält.⁶³
- Pflichtangabe *Sicherheiten*.⁶⁴ Eine AGB-Klausel zur Stellung zusätzlicher Sicherheiten, falls die Bank nicht oder nicht mehr ausreichend gesichert ist, mache die Pflichtangabe nicht fehlerhaft. Im Darlehensvertrag seien nur die vom Darlehensgeber bei Vertragsschluss verlangten, nicht aber zukünftig etwaig noch zu verlangende Sicherheiten anzugeben.⁶⁵
 - Pflichtangabe *vorzeitige Rückzahlung*.⁶⁶ Die Angaben über das Recht des Darlehensnehmers, das Darlehen vorzeitig zurückzahlen, müssen klar und verständlich darüber informieren, dass dieses Recht dem Grunde nach voraussetzungslos besteht.⁶⁷
 - Pflichtangabe *Berechnung der Vorfälligkeitsentschädigung*.⁶⁸ Bei einem Allgemein-Verbraucherdarlehen im Anwendungsbereich der Verbraucherkredit-Richtlinie 2008/48/EG ist die Information über die Berechnungsmethode des Anspruchs auf Vorfälligkeitsentschädigung klar und verständlich, wenn der Darlehensnehmer die zu zahlende Vorfälligkeitsentschädigung oder zumindest deren Höchstbetrag leicht ermitteln kann.⁶⁹ Hält eine solche Klausel einer Inhaltskontrolle nach nationalem Recht nicht stand, hindere dies das Anlaufen der Widerrufsfrist nicht.⁷⁰ Hinsichtlich Letzterem ist allerdings unklar, ob der XI. BGH-Zivilsenat tatsächlich daran festhält, dass die Widerrufsfrist auch dann anläuft, wenn die Angaben über die Berechnung der Vorfälligkeitsentschädigung den (geringeren) Anforderungen des EuGH nicht genügen.⁷¹
 - Pflichtangabe *Verfahren bei der Kündigung*.⁷² Zu den Angaben über das einzuhaltende Verfahren bei der Kündigung gehöre nicht die Information über das außerordentliche Kündigungsrecht nach § 314 BGB, sondern nur – soweit einschlägig – die Information über das Kündigungsrecht gemäß § 500 Abs. 1 BGB.⁷³
 - Pflichtangabe *Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren*.⁷⁴ Bei einem Allgemein-Verbraucherdarlehen im Anwendungsbereich der Verbraucherkredit-Richtlinie 2008/48/EG erfordert die Information über den Zugang des Verbrauchers zu einem außergerichtlichen Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren, dass der Verbraucher über alle ihm seitens des Darlehensgebers zur Verfügung stehenden außergerichtlichen Beschwerde- oder Rechtsbehelfsverfahren und gegebenenfalls die mit ihnen jeweils verbundenen Kosten informiert wird. Außerdem muss er im Darlehensvertrag darüber belehrt werden, ob die Beschwerde oder der Rechtsbehelf auf Papier oder elektronisch einzureichen ist, über die physische oder elektronische Adresse, an die die Beschwerde oder der Rechtsbehelf zu senden ist, und über die sonstigen formalen Voraussetzungen, denen die Beschwerde oder der Rechtsbehelf unterliegt.⁷⁵ Eine Angabe zu den mit dem Schlichtungsverfahren verbundenen Kosten sei aber entbehrlich, wenn das Schlichtungsverfahren für den Verbraucher kostenfrei ist.⁷⁶ Dies ergebe sich aus dem Wort „gegebenenfalls“ in den EuGH-Urt.

v. 9.9.2021⁷⁷ und v. 21.12.2023.⁷⁸ Das Wort impliziere, dass über Kosten nur informiert werden müsse, wenn es sie gibt; andernfalls wäre das Wort unnötig.⁷⁹ Dies beruht freilich auf einem semantischen Missverständnis. Entgegen dem Verständnis des XI. Zivilsenats meint das Wort „gegebenenfalls“ in den besagten EuGH-Urt. stattdessen, dass über die Kosten eines außergerichtlichen Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahrens zu informieren ist, wenn ein solches Verfahren zur Verfügung steht.⁸⁰ Der fehlende Hinweis auf die Kostenfreiheit des Schlichtungsverfahrens ist auch geeignet, den Verbraucher von einem solchen Verfahren abzuhalten.

- 61 BGH v. 27.2.2024 – XI ZR 258/22, 4. Leitsatz, Rn. 32-35, aaO (s.o. Fn. 16), v. 4.6.2024 – XI ZR 113/21, Rn. 25-28, aaO (s.o. Fn. 46), und v. 15.10.2024 – XI ZR 39/24, Rn. 39-42, aaO (s.o. Fn. 21). Dazu Grüneberg BKR 2025, 337 (343 f., Abschnitt IV.11), und WM 2025, 1, Rn. 21-23 (Abschnitt II.2.a).
- 62 LG Ravensburg v. 9.4.2024 – 2 O 214/20, 2 O 103/21, VuR 2024, 236 (Ls.). Das LG Ravensburg hat das beim EuGH schon anhängige Verfahren C-143/23 (Mercedes-Benz Bank u.a.) um die Vorlagefragen 4 ergänzt. Die Schlussanträge des EuGH-Generalanwalts v. 10.4.2025 (C-143/23, ECLI:EU:C:2025:271) betreffen nur die dortigen Vorlagefragen 2 und 3 (BeckRS 2025, 6863, Rn. 27).
- 63 OLG Frankfurt a.M. v. 10.7.2024 – 17 U 63/23, 2. Leitsatz, VuR 2025, 120 (Ls.) = BKR 2025, 34 mAnm Merle, Rn. 66-72. Das Urt. ist nicht rechtskräftig (BGH – XI ZR 95/24). Laut den grundpfandrechtlich besicherten Darlehensverträgen war die Bank „berechtigt, für die Zeit des Zahlungsverzuges Verzugsschaden auf die rückständigen Beträge ab dem Zeitpunkt ihrer jeweiligen Fälligkeit in Rechnung zu stellen“.
- 64 Pflichtangabe Sicherheiten: Art. 10 Abs. 2 lit. o VerbrKrRL; § 492 Abs. 2 BGB iVm Art. 247 § 7 Abs. 1 Nr. 2 EGBGB.
- 65 BGH v. 24.9.2024 – XI ZR 32/22, 2. Leitsatz, Rn. 52, aaO (s.o. Fn. 44).
- 66 Pflichtangabe vorzeitige Rückzahlung: Art. 10 Abs. 2 lit. r VerbrKrRL; § 492 Abs. 2 BGB iVm Art. 247 § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, § 3 Abs. 1 Nr. 14 EGBGB.
- 67 BGH v. 27.2.2024 – XI ZR 258/22, Rn. 42, aaO (s.o. Fn. 16). Der BGH verweist hierfür auf BGH v. 28.7.2020 – XI ZR 288/19, Rn. 22, aaO (s.u. Fn. 70). Siehe auch BGH v. 4.6.2024 – XI ZR 113/21, Rn. 35, aaO (s.o. Fn. 46).
- 68 Pflichtangabe Berechnung der Vorfälligkeitsentschädigung: Art. 10 Abs. 2 lit. r VerbrKrRL; § 492 Abs. 2 BGB iVm § 7 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 2 Nr. 1 EGBGB. Zum Ausschluss des Anspruchs auf die Vorfälligkeitsentschädigung bei unzureichenden Angaben über deren Berechnung (§ 502 Abs. 2 Nr. 2 BGB) unten Abschnitt I.2.c.
- 69 BGH v. 27.2.2024 – XI ZR 258/22, 5. Leitsatz, Rn. 36-39, aaO (s.o. Fn. 16). Der BGH verweist hierfür auf EuGH v. 21.12.2023, C-38/21 u.a. (BMW Bank u.a.), Rn. 247 ff., aaO (s.o. Fn. 4). Dazu Müller-Christmann BKR 2024, 983 (987, Abschnitt V.4 mit Fn. 56).
- 70 BGH v. 27.2.2024 – XI ZR 258/22, 5. Leitsatz, Rn. 37-39, aaO (s.o. Fn. 16). Der BGH verweist hierfür auf BGH v. 28.7.2020 – XI ZR 288/19, Rn. 24 ff., VuR 2020, 421 mAnm Maier = NJW 2021, 66.
- 71 Maier VuR 2025, 143 (146 f., Abschnitt 2.a).
- 72 Pflichtangabe Verfahren bei der Kündigung: Art. 10 Abs. 2 lit. s VerbrKrRL; § 492 Abs. 2 BGB iVm Art. 247 § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 EGBGB.
- 73 BGH v. 27.2.2024 – XI ZR 258/22, 6. Leitsatz, Rn. 41, aaO (s.o. Fn. 16). Der BGH verweist hierfür auf EuGH v. 9.9.2021 – C-33/20 u.a. (Volksbanken Bank u.a.), Rn. 103 ff., aaO (s.u. Fn. 77).
- 74 Pflichtangabe Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren: Art. 10 Abs. 2 lit. t VerbrKrRL; § 492 Abs. 2 BGB iVm Art. 247 § 7 Abs. 1 Nr. 4 EGBGB. Zu dieser Pflichtangabe Grüneberg BKR 2025, 337 (345 f., Abschnitt IV.11).
- 75 BGH v. 27.2.2024 – XI ZR 258/22, 7. Leitsatz, Rn. 34-47, aaO (s.o. Fn. 16). Der BGH verweist hierfür auf EuGH v. 9.9.2021 – C-33/20 u.a. (Volksbanken Bank u.a.), Rn. 128 ff., aaO (s.o. Fn. 77), und v. 21.12.2023, C-38/21 u.a. (BMW Bank u.a.), Rn. 244 ff., aaO (s.o. Fn. 4).
- 76 BGH v. 27.2.2024 – XI ZR 258/22, Rn. 46, aaO (s.o. Fn. 16).
- 77 EuGH v. 9.9.2021 – C-33/20 u.a., ECLI:EU:C:2021:736 (Volksbanken Bank u.a.), Rn. 136, 138, VuR 2022, 26 mAnm Maier = NJW 2022, 40 mAnm Artz.
- 78 EuGH v. 21.12.2023 – C-38/21 u.a. (BMW Bank u.a.), Rn. 244, aaO (s.o. Fn. 4).
- 79 BGH v. 27.2.2024 – XI ZR 258/22, Rn. 46, aaO (s.o. Fn. 16).
- 80 Siehe entsprechend Art. 10 Abs. 2 lit. t Verbraucherkredit-Richtlinie 2008/48/EG; Art. 247 § 7 Abs. 1 Nr. 4 EGBGB.

- **Pflichtangabe Aufsichtsbehörde.**⁸¹ Als Aufsichtsbehörde eines Kreditinstituts reicht die Angabe der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) aus (§ 6 KWG), die Deutsche Bundesbank (§ 7 KWG) muss nicht zusätzlich angegeben werden.⁸²

e) *Erlöschen des Widerrufsrechts bei vollständiger Erfüllung des Darlehensvertrags.* Nach dem EuGH-Urt. BMW Bank v. 21.12.2023 erlischt das unionsrechtliche Widerrufsrecht des Kreditnehmers (Art. 14 Abs. 1 Verbraucherkredit-Richtlinie) ohne Weiteres, wenn der Kreditvertrag vollständig erfüllt ist.⁸³ Die Begründung dafür ist an den Haaren herbeigezogen und widerspricht der bisherigen EuGH-Rechtsprechung.⁸⁴

Zunächst war unklar, wie die neue EuGH-Vorgabe im deutschen Recht umzusetzen ist. Gestützt auf Schlussanträge von zwei EuGH-Generalanwälten hatte das OLG München schon im Juni 2023 angenommen, dass auch das nationale Widerrufsrecht in verwegener richtlinienkonformer Auslegung des § 495 Abs. 1 BGB erlösche, wenn der Darlehensvertrag vollständig erfüllt ist.⁸⁵ Der XI. BGH-Zivilsenat hat seit Januar 2024 in mehreren kurzen Beschlüssen zur Zurückweisung von Nichtzulassungsbeschwerden zunächst nur darauf abgestellt, dass nach der neuen EuGH-Rechtsprechung das unionsrechtliche Widerrufsrecht mit der vollständigen Vertragserfüllung erloschen sei.⁸⁶ Losgelöst vom Schutz des Verbrauchers durch die Richtlinie hätte dies eigentlich schon ausgereicht, um dem nach vollständiger Erfüllung erklärten Widerruf jedweden nationalen Anti-Widerrufsjoker entgegenhalten zu können. Demgemäß sei die vollständige Erfüllung des Darlehensvertrags als „Sonderfall der Verwirkung“ zu behandeln, „bei dem allerdings nicht die allgemeinen Voraussetzungen (Umstandsmoment, Zeitmoment und Zumutbarkeit) im Rahmen der Gesamtabwägung zu beurteilen sind, sondern die schlichte Erfüllung des Darlehensvertrags genügt, um die Verwirkung des Widerrufsrechts anzunehmen“.⁸⁷

Im Mai 2024 hat das OLG München erneut für eine richtlinienkonforme Auslegung des § 495 Abs. 1 BGB plädiert.⁸⁸ Der XI. BGH-Zivilsenat hat sich dem inzwischen angeschlossen. Das Erlöschen des unionsrechtlichen Widerrufsrechts bei vollständiger Vertragserfüllung gelte auch für das entsprechende nationale Widerrufsrecht.⁸⁹ Einer Gesetzesbegründung aus dem Jahr 2010⁹⁰ sei zu entnehmen, dass der nationale Gesetzgeber damals „in dem Ende der Vertragslaufzeit schon selbst eine Grenze für die Ausübung des Widerrufsrechts gesehen“ habe.⁹¹ Diese kuriose Annahme trifft natürlich nicht zu. Bis zum EuGH-Urt. v. 21.12.2023 (BMW Bank) haben nicht nur der Gesetzgeber⁹², sondern auch der BGH selbst⁹³ ohne Weiteres vorausgesetzt, dass das unionsrechtliche Widerrufsrecht über die Erfüllung des Darlehensvertrags hinaus fortbesteht.

Soweit der XI. Zivilsenat die richtlinienkonforme Auslegung des § 495 Abs. 1 BGB auch damit begründet, dass der deutsche Gesetzgeber über die Vorgaben des Art. 14 Abs. 1 Verbraucherkredit-Richtlinie nicht hinausgehen wollte⁹⁴, kann dies eine richtlinienkonforme Auslegung durchaus rechtfertigen.⁹⁵ Wenn EuGH-Vorgaben zugunsten des Darlehensnehmers inzwischen aber mit dem „Stopp-Schild“ „contra legem“ versehen werden⁹⁶, um eine richtlinienkonforme Auslegung zu vermeiden⁹⁷,

ist es bemerkenswert, wenn es zur richtlinienkonformen Umsetzung von EuGH-Vorgaben zugunsten des Darlehensgebers plötzlich doch wieder ausreichen soll, dass der Gesetzgeber die Vorgaben der Richtlinie beachten wollte.

Hätte der Gesetzgeber aber tatsächlich schon im Jahr 2010, also lange vor dem EuGH-Urt. BMW Bank v. 21.12.2023 angenommen, die Verbraucherkredit-Richtlinie sehe vor, dass das Widerrufsrecht bei vollständiger Vertragserfüllung erlischt⁹⁸, ließe dies stattdessen auf seinen Willen schließen, eine solche Richtlinien-Vorgabe nicht zu übernehmen. Einerseits hat er – um Art. 6 Abs. 2 lit. c Fernabsatzfinanzdienstleistungs-Richtlinie 2002/65/EG umzusetzen⁹⁹ – in § 356 Abs. 4 Nr. 4 BGB¹⁰⁰ ein Erlöschen des vertriebsbezogenen Widerrufsrechts ausdrücklich geregelt, wenn der Vertrag von beiden Seiten (auf ausdrücklichen Wunsch des Verbrauchers) vollständig erfüllt ist. Andererseits hat er in § 356b BGB für das Widerrufsrecht bei Verbraucherdarlehen gerade keine entsprechende Regelung getroffen.

f) *Erlöschen des Widerrufsrechts bei rechtskräftiger Titulierung des Darlehensforderung.* Das Widerrufsrecht soll außerdem erlöschen, wenn die restliche Darlehensforderung nach einer Kündigung des Darlehensgebers rechtskräftig tituliert wird.¹⁰¹ Im März 2020 hatte der XI. Zivilsenat eine prozessuale Präklusion des Widerrufsrechts angenommen, wenn der Darlehensnehmer nach inzwischen erklärtem Widerruf mit einer Vollstreckungsgegenklage gegen den Vollstreckungsbescheid vorgeht (§ 767

81 Pflichtangabe Aufsichtsbehörde: Art. 10 Abs. 2 lit. v VerbrKrRL; § 492 Abs. 2 BGB iVm Art. 247 § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 EGBGB.

82 BGH v. 4.6.2024 – XI ZR 113/21, 2. Leitsatz, Rn. 39, aaO (s.o. Fn. 46).

83 EuGH v. 21.12.2023 – C-38/21 u.a. (BMW Bank u.a.), 11. Leitsatz Satz 1, Rn. 274-279, 292, aaO (s.o. Fn. 4).

84 Maier VuR 2024, 182 (185 f., Abschnitt 2.2.1). Kritisch auch Freitag BKR 2025, 10 (13 f., Abschnitt V.1).

85 OLG München v. 26.6.2023 – 19 U 7301/22, BKR 2023, 762.

86 ZB BGH v. 23.1.2024 – XI ZR 310/22, BKR 2024, 299; siehe auch Grüneberg BKR 2025, 337 (346 mit Fn. 108), und WM 2025, 1 (Rn. 26 mit Fn. 63).

87 Grüneberg BKR 2025, 337 (346, Abschnitt V), und WM 2025, 1, Rn. 26.

88 OLG München v. 13.5.2024 – 19 U 4308/23, VuR 2025, 63 mAnm Maier = BKR 2024, 713 = WM 2024, 1211 = ZIP 2024, 1379 = ZIP 2024, 2389 (Adelhoefer) = WuB 2024, 369 (Feldhusen).

89 BGH v. 28.1.2025 – XI ZR 524/20, Rn. 13.

90 BT-Drs. 17/1394, 15 linke Spalte („der Vertrag grundsätzlich während seiner gesamten Laufzeit widerruflich ist“).

91 BGH v. 28.1.2025 – XI ZR 162/21, Rn. 16, VuR 2025, 197 (Ls.) = NJW 2025, 894.

92 ZB BT-Drs. 18/5922, 74. Siehe auch Freitag BKR 2025, 10 (15 f.).

93 ZB BGH v. 31.1.2022 – XI ZR 113/21 u.a., Rn. 50, VuR 2022, 197 (Ls.) = WM 2022, 420.

94 BGH v. 28.1.2025 – XI ZR 162/21, Rn. 15, aaO (s.o. Fn. 91).

95 BGH v. 26.11.2008 – VIII ZR 200/05, Rn. 22 ff., NJW 2009, 427; v. 21.12.2011 – VIII ZR 70/08, Rn. 31 ff., VuR 2012, 154 mAnm Szalai = NJW 2012, 1073; v. 7.5.2014 – IV ZR 76/11, Rn. 22 ff., VuR 2014, 389 mAnm Pilz = NJW 2014, 2646; BVerfG v. 26.9.2011 – 2 BvR 2216/06 u.a., Rn. 57, NJW 2012, 669.

96 Grüneberg NJW 2024, 993, Rn. 18.

97 Siehe zB die zweifache Ablehnung einer richtlinienkonformen Auslegung in BGH v. 27.2.2024 – XI ZR 258/22, Rn. 19-24 (Gesetzlichkeitsfiktion) und Rn. 51 (Leistungsverweigerungsrecht), aaO (s.o. Fn. 16).

98 BGH v. 28.1.2025 – XI ZR 162/21, Rn. 16, aaO (s.o. Fn. 91).

99 BT-Drs. 17/12637, 61 (zu Abs. 4); BT-Drs. 15/2946, 22 (zu Nr. 3 lit. a).

100 Zuvor § 312d Abs. 3 Nr. 1 BGB aF.

101 BGH v. 9.7.2024 – XI ZR 78/23, VuR 2025, 60 mAnm Maier = BKR 2024, 964 mAnm Spohnheimer. Dazu Grüneberg BKR 2025, 337 (347, Abschnitt VII). Auf den Hinweisbeschl. hat die Klägerin ihre Revision zurückgenommen. Die Vorinstanzen waren noch von einer Verwirkung des Widerrufsrechts ausgegangen.

Abs. 2, § 796 Abs. 2 ZPO).¹⁰² Dies soll auch dann gelten, wenn der Darlehensnehmer seine aus dem Widerruf resultierenden Ansprüche gesondert einklagt. Der Vollstreckungsbescheid soll das Widerrufsrecht also auch materiellrechtlich präkludieren.¹⁰³ Unionsrechtliche Vorgaben stünden dem nicht entgegen.¹⁰⁴

Diese materiell-rechtliche Präklusion des Widerrufsrechts ist schon nach nationalem Recht zweifelhaft und jedenfalls unionsrechtlich nicht haltbar. Nach nationalem Recht steht dem entgegen, dass nach Widerruf eines verbundenen Darlehensvertrags die gegenseitigen Ansprüche verrechnet werden. Im Umfang der Verrechnung erfüllt der Darlehensnehmer die durch den Vollstreckungsbescheid titulierte Forderung. Die Rechtskraft des Vollstreckungsbescheids wird dadurch ebenso wenig tangiert, wie wenn der Darlehensnehmer die Forderung des Darlehensgebers nach ihrer Titulierung durch Zahlung erfüllt hätte.¹⁰⁵ Unionsrechtlich steht einer materiell-rechtlichen Präklusion des Widerrufsrechts entgegen, dass dieses nur nach unionsrechtlichen Vorgaben erlöschen kann¹⁰⁶, die Verbraucherkredit-Richtlinie aber gerade keine Präklusion von Ansprüchen aus Verbraucherdarlehen vorsieht.¹⁰⁷ Auch mit dem unionsrechtlichen Effektivitätsgrundsatz wäre es nicht vereinbar, das Widerrufsrecht zu präkludieren, bevor der betroffene Verbraucher sein (fortbestehendes) Widerrufsrecht kennt oder vernünftigerweise kennen kann.¹⁰⁸ Eine prozessuale und erst recht eine materiell-rechtliche Präklusion des Widerrufsrechts kann deshalb nur nach vorheriger Klärung durch den EuGH angenommen werden.¹⁰⁹

g) *Widerrufsrecht bei Null-Prozent-Finanzierungen.*¹¹⁰ Ein unentgeltliches Darlehen¹¹¹ ist mangels Entgeltlichkeit kein Verbraucherdarlehen (§ 491 Abs. 2, 3 BGB), so dass kein Widerrufsrecht nach § 495 Abs. 1 BGB besteht. Seit dem 21.3.2016¹¹² können Verbraucher aber auch unentgeltliche Darlehen (§ 514 Abs. 2 Satz 1 BGB) und unentgeltliche Finanzierungshilfen (§ 515 BGB) widerrufen. Für das Widerrufsrecht gilt – ebenso wie bei Immobiliendarlehen (§ 356b Abs. 2 Satz 4 BGB) und anders als bei Allgemeindarlehen – eine Höchstfrist von 12 Monaten und 14 Tagen nach Vertragsabschluss bzw. nach Erhalt der Widerrufsbelehrung (§ 356d Satz 2 BGB). Die bisherige Verbraucherkredit-Richtlinie 2008/48/EG gilt nicht für zins- und gebührenfrei Kreditverträge (Art. 2 Abs. 2 lit. f)¹¹³; die Richtlinie steht der Widerrufshöchstfrist deshalb nicht entgegen. Die neue Verbraucherkredit-Richtlinie (EU) 2023/2225 nimmt zins- und gebührenfreie Kreditverträge nicht mehr generell, sondern nur noch zins- und gebührenfreie Zahlungsaufschübe (Art. 2 Abs. 2 lit. h) und unentgeltliche Stundungen (Art. 2 Abs. 2 lit. i) von ihrem Anwendungsbereich aus (Erwägungsgründe 15-18). Danach ist die Höchstfrist nicht mehr haltbar, wenn keine ordnungsgemäße Widerrufsinformation erteilt wurde (Art. 26 Abs. 2 Satz 2).

Ob die Höchstfrist gilt, hängt bei Allgemeindarlehen also – bis zur Umsetzung der neuen Verbraucherkredit-Richtlinie¹¹⁴ – davon ab, ob das Darlehen entgeltlich oder unentgeltlich ist. Demnach muss der Darlehensgeber, der sich auf die Höchstfrist beruft, die Unentgeltlichkeit des Darlehens darlegen und beweisen.¹¹⁵ Eine Gebühr für die Zusendung eines Jahreskontoauszugs, die Stellung der vereinbarten Sicherheiten oder das Einver-

ständnis des Darlehensnehmers zur Speicherung, Nutzung und Verwendung seiner persönlichen Daten („Bezahlen mit Daten“) dürften in der Regel keine Entgeltlichkeit begründen.¹¹⁶ Da professionelle Kreditgeber in aller Regel nichts verschenken und deshalb auch keine unentgeltlichen Darlehen vergeben, kann aber vorausgesetzt werden, dass der Darlehensgeber anderweitig ein Entgelt erhält.¹¹⁷ Der Darlehensgeber, der sich auf die Unentgeltlichkeit des Darlehens beruft, muss demnach plausibel darlegen, warum er das Darlehen vermeintlich unentgeltlich gewährt hat, mithin sein Geschäftsmodell offenlegen, welches der konkreten Null-Prozent-Finanzierung zugrunde liegt. Erst dann kann bewertet werden, ob das Darlehen für den Darlehensnehmer entgeltlich oder unentgeltlich ist.¹¹⁸

Erhält der Darlehensgeber die Gegenleistung nicht vom Darlehensnehmer, sondern vom Händler, indem er seinen Erlös vom Netto-Darlehensbetrag, der dem Barzahlungspreis entspricht, einbehält und nur den Restbetrag (Unternehmererlös) an den Händler auszahlt, ist das Darlehen zwar nicht entgeltlich.¹¹⁹ Bei diesem Geschäftsmodell muss der Darlehensnehmer aber nicht den Netto-Darlehensbetrag, sondern nur „das zur Verfügung gestellte Darlehen zurückzahlen“ (§ 488 Abs. 1 Satz 2 Alt. 2 BGB), also den an den Händler ausgezahlten Unternehmererlös.¹²⁰ Dann müsste die Bank ihren Erlös, den sie vom Verbraucher ohne rechtlichen Grund erhalten hat, als ungerechtfertigte Bereicherung an diesen erstatten (§ 812 Abs. 1 BGB).¹²¹

Ein *fernabsatzrechtliches Widerrufsrecht* soll bei unentgeltlichen Darlehen an der in § 312 Abs. 1 BGB geforderten Gegen-

102 BGH v. 3.3.2020 – XI ZR 486/17, VuR 2020, 426 mAnm Maier = NJW 2020, 2876 mAnm Buck-Heeb = BKR 2020, 467 mAnm Thelen.

103 BGH v. 9.7.2024 – XI ZR 78/23, Rn. 9-11, aaO (s.o. Fn. 101).

104 BGH v. 9.7.2024 – XI ZR 78/23, Rn. 13-15, aaO (s.o. Fn. 101).

105 Maier VuR 2025, 60 (63, Abschnitt 1.b).

106 EuGH v. 21.12.2023 – C-38/21 u.a. (BMW Bank u.a.), Rn. 295 f., aaO (s.o. Fn. 4).

107 So auch BGH v. 9.7.2024 – XI ZR 78/23, Rn. 13, aaO (s.o. Fn. 101).

108 Maier VuR 2025, 60 (61 f., Abschnitt 2.c) mit Verweisen auf die neuere EuGH-Rechtsprechung zum unionsrechtlichen Effektivitätsgrundsatz (dazu auch unten Abschnitt 1.3.c mit Fn. 183).

109 Maier VuR 2025, 60 (61 f., Abschnitt 2.d) mit Verweisen auf zahlreiche Literaturstimmen.

110 Zum Widerrufsrecht bei Null-Prozent-Finanzierungen OLG Karlsruhe v. 4.7.2024 – 17 U 104/21, VuR 2024, 458 mAnm Maier VuR 2024, 443 = BKR 2024, 903 mAnm Birne = WM 2024, 2283 = ZIP 2024, 2135 = ZIP 2024, 2450 (Koch) = WuB 2025, 77 (Latta). Das Urte. ist nicht rechtskräftig (BGH – XI ZR 97/24).

111 Zur Gesetzesgeschichte der Null-Prozent-Finanzierung Maier VuR 2024, 443 (443 f., Abschnitt II).

112 Maßgeblich ist der Zeitpunkt des Abschlusses des Darlehensvertrags (Art. 229 § 38 Abs. 1 EGBGB).

113 Für Immobiliendarlehen entsprechend Art. 3 Abs. 2 lit. c. Wohnimmobilienkredit-Richtlinie 2014/17/EU.

114 Die Mitgliedstaaten setzen die neue Verbraucherkredit-Richtlinie (EU) 2023/2225 um bis zum 20.11.2025 und wenden die neuen Vorschriften an ab dem 20.11.2026 (Art. 48 Abs. 1 der Richtlinie).

115 Maier VuR 2024, 443 (446 f., Abschnitt III.3). Anders OLG Karlsruhe v. 4.7.2024 – 17 U 104/21, aaO (s.o. Fn. 110), BeckRS 2024, 21222, Rn. 45; Latta WuB 2025, 77 (79).

116 OLG Karlsruhe v. 4.7.2024 – 17 U 104/21, aaO (s.o. Fn. 110), BeckRS 2024, 21222, Rn. 33 f. (Jahreskontoauszug), Rn. 36 (Sicherheiten), Rn. 37 ff. („Bezahlen mit Daten“).

117 Maier VuR 2024, 443 (445 f., Abschnitt III.2).

118 Maier VuR 2024, 443 (446, Abschnitt III.3.d).

119 OLG Karlsruhe v. 4.7.2024 – 17 U 104/21, aaO (s.o. Fn. 110), BeckRS 2024, 21222, Rn. 35.

120 BGH v. 30.9.2014 – XI ZR 168/13, Rn. 18, 20, VuR 2015, 180 mAnm Maier = NJW 2014, 3719. Anders Schürnbrand WM 2016, 1105 (1110, Abschnitt VI).

121 Maier VuR 2024, 443 (445 f., Abschnitt III.2), und VuR 2015, 180 (183, Ziffer 3); Wolters EWIR 2014, 733 (734).

leistung des Verbrauchers¹²² scheitern. Dies steht zwar im Widerspruch zur Fernabsatzfinanzdienstleistungs-Richtlinie 2002/65/EG, die keine Gegenleistung des Verbrauchers verlangt. Auch unentgeltliche Darlehen sind Finanzdienstleistungen.¹²³ Die Höchstfrist für das fernabsatzrechtliche Widerrufsrecht (§ 356 Abs. 3 Satz 2 BGB) wäre auf unentgeltliche Darlehen deshalb nicht anwendbar (§ 356 Abs. 3 Satz 3 BGB). § 312 Abs. 1 BGB könne aber nicht richtlinienkonform auf Finanzdienstleistungen ohne Gegenleistung des Verbrauchers angewendet werden.¹²⁴ Angesichts des erweiterten Anwendungsbereichs der Verbraucherkredit-Richtlinie (EU) 2023/2225 auch auf unentgeltliche Darlehen (siehe oben) und der Integration der Finanzdienstleistungs-Richtlinie in die Verbraucherrechte-Richtlinie zum 19.6.2026 (Richtlinie (EU) 2023/2673) sind diese Fragen künftig neu zu bewerten.¹²⁵

Ein Fernabsatzgeschäft iSd § 312c Abs. 1 BGB liege nicht vor, wenn beim finanzierten Erwerb eines Fahrzeugs Verhandlungen zwischen der den Darlehensvertrag vermittelnden Verkäuferin und dem Darlehensnehmer stattfinden und dieser im Rahmen des persönlichen Kontakts mit der Verkäuferin zum Zwecke der Vertragsverhandlungen alle grundlegenden Informationen über die Bedingungen und die Folgen des Vertragsschlusses, die ordnungsgemäße Vertragserfüllung und die Ausübung seiner Rechte erhält, die ihm die Entscheidung ermöglichen, ob er sich an die darlehensgebende Bank binden möchte.¹²⁶ Um durch die Vermittlung einen Fernabsatz nach der Verbraucherrechte-Richtlinie 2011/83/EU auszuschließen, ist unter anderem maßgeblich, dass der Verbraucher „alle in Art. 6 der Richtlinie genannten Informationen“ erhalten hat.¹²⁷ Das OLG Karlsruhe entnimmt die hierfür erforderlichen Informationen auch bei einer Finanzdienstleistung aus Art. 6 Verbraucherrechte-Richtlinie und nicht aus Art. 3 Fernabsatzfinanzdienstleistungs-Richtlinie 2002/65/EG.¹²⁸ Dies ist kaum haltbar.¹²⁹ Um bei einer Finanzdienstleistung den Fernabsatz durch die Vermittlung auszuschließen, muss der Verbraucher jedenfalls darüber informiert werden, dass er den Darlehensvertrag *nicht* widerrufen kann (Art. 3 Abs. 1 Nr. 3 lit. a Fernabsatzfinanzdienstleistungs-Richtlinie).¹³⁰ Zur entsprechenden Informationspflicht nach Art. 6 Abs. 1 lit. k Verbraucherrechte-Richtlinie, wenn – wie beim KFZ-Leasing – keine Finanzdienstleistung vermittelt wird, siehe sogleich.

b) Widerrufsrecht bei KFZ-Leasing ohne Erwerbsverpflichtung. Für das Kilometerleasing ohne Erwerbsverpflichtung hatte der VIII. BGH-Zivilsenat eine Finanzierungshilfe und ein daraus resultierendes produktbezogenes Widerrufsrecht (§ 506 Abs. 1 BGB) schon im Februar 2021 verneint.¹³¹ Dies hat er im September 2024 bestätigt.¹³² Art. 2 Abs. 2 lit. d Verbraucherkredit-Richtlinie 2008/48/EG¹³³ nimmt Miet- und Leasingverträge ohne Erwerbsverpflichtung vom Geltungsbereich der Richtlinie aus.

Soweit der VIII. BGH-Zivilsenat auch ein *fernabsatzrechtliches* Widerrufsrecht abgelehnt hat, ist dies zwar im Ergebnis richtig, wenn – wie im dortigen Fall¹³⁴ – die Widerrufshöchstfrist von 12 Monaten und 14 Tagen nach Vertragsschluss (§ 356 Abs. 3 Satz 2 BGB) abgelaufen ist.¹³⁵ Die Höchstfrist gilt auch

für das Widerrufsrecht bei Kilometerleasing; nach der neueren EuGH-Rechtsprechung handelt es sich dabei nicht um Finanzdienstleistungen.¹³⁶

Die Annahme des VIII. BGH-Zivilsenats, ein Fernabsatzvertrag scheide auch dann aus, wenn der Leasingvertrag im Autohaus vermittelt wird und der Verbraucher nicht darüber informiert wird, dass er *kein* Widerrufsrecht hat,¹³⁷ ist mit Art. 6 Abs. 1 lit. k Verbraucherrechte-Richtlinie 2011/83/EU (dazu Art. 246a § 1 Abs. 3 Nr. 1 EGBGB) aber jedenfalls dann nicht vereinbar, wenn das Widerrufsrecht nach Art. 16 lit. l der Richtlinie („Ausnahme Mietwagen“, dazu § 312g Abs. 2 Nr. 9 BGB)¹³⁸ ausgeschlossen ist.¹³⁹ Dies gilt umso mehr, wenn der Verbraucher über ein angebliches Widerrufsrecht informiert wird, welches gar nicht besteht.¹⁴⁰

2. Vorfälligkeitsentschädigung¹⁴¹

a) Anwendbarkeit des § 502 BGB. Für Immobiliendarlehen gelten § 500 Abs. 2, § 502 BGB seit dem 21.3.2016.¹⁴² Bei einem zuvor geschlossenen Immobiliendarlehensvertrag ist eine Vereinbarung über die Vorfälligkeitsentschädigung bei vorzeitiger

122 Bis 31.12.2021: entgeltliche Leistung des Unternehmers; seit 1.1.2022: Verpflichtung des Verbrauchers, einen Preis zu zahlen.

123 OLG Karlsruhe v. 4.7.2024 – 17 U 404/21, aaO (s.o. Fn. 110), BeckRS 2024, 21222, Rn. 57; MüKoBGB/Weber, 9. Aufl. 2023, BGB § 514 Rn. 19; anders Bülow/Artz, Verbraucherkreditrecht, 11. Aufl. 2025, BGB § 514 Rn. 10.

124 OLG Karlsruhe v. 4.7.2024 – 17 U 104/21, 3. Leitsatz, aaO (s.o. Fn. 110), BeckRS 2024, 21222, Rn. 56-60. Anders Maier VuR 2024, 443 (447, Abschnitt IV.1.b); Birne BKR 2024, 911 (912) mit Verweis auf BeckOGK/Busch, 1.7.2023, BGB § 312 Rn. 91-93.

125 Maier VuR 2024, 443 (447 f., Abschnitt IV.1).

126 OLG Karlsruhe v. 4.7.2024 – 17 U 104/21, 4. Leitsatz, aaO (s.o. Fn. 110), BeckRS 2024, 21222, Rn. 61 ff. Das OLG verweist hierfür auf EuGH v. 21.12.2023 – C-38/21 u.a. (BMW Bank u.a.), 2. Leitsatz, Rn. 162 ff., aaO (s.o. Fn. 4).

127 EuGH v. 21.12.2023 – C-38/21 u.a. (BMW Bank u.a.), Rn. 172 f., aaO (s.o. Fn. 4).

128 OLG Karlsruhe v. 4.7.2024 – 17 U 404/21, aaO (s.o. Fn. 110), BeckRS 2024, 21222, Rn. 66-68.

129 Maier VuR 2024, 443 (448 f., Abschnitt IV.3); Birne BKR 2024, 911 (913).

130 Maier VuR 2025, 21 (25 f., Abschnitt 2.1.d). Dies gilt auch nach der Integration der Fernabsatzfinanzdienstleistungs-Richtlinie in die Verbraucherrechte-Richtlinie durch die Richtlinie (EU) 2023/2673 (Art. 16a Abs. 1 lit. p Verbraucherrechte-Richtlinie idF von Art. 1 Nr. 4 der Richtlinie (EU) 2023/2673).

131 BGH v. 24.2.2021 – VIII ZR 36/20, VuR 2021, 183 mAnm Maier = NJW 2021, 1942 mAnm Koch.

132 BGH v. 25.9.2024 – VIII ZR 58/23, Rn. 13-15, VuR 2025, 21 mAnm Maier = BKR 2024, 1099 mAnm Franke = WM 2025, 410 = ZIP 2024, 2601 = DAR 2025, 145 mAnm Döll DAR 2025, 173 = ZIP 2025, 75 (Ring) = LMK 2025, 801433 (Fischer) = jM 2025, 6 (Hettwer).

133 So auch Art. 2 Abs. 2 lit. g der neuen Verbraucherkredit-Richtlinie (EU) 2023/2225.

134 BGH v. 25.9.2024 – VIII ZR 58/23, Rn. 53 ff., aaO (s.o. Fn. 132).

135 Maier VuR 2025, 21 (26, Abschnitt 2.3).

136 EuGH v. 21.12.2023 – C-38/21 u.a. (BMW Bank u.a.), Rn. 139 ff., aaO (s.o. Fn. 4), und C-278/22, Rn. 37 ff.

137 BGH v. 25.9.2024 – VIII ZR 58/23, Rn. 26-32, aaO (s.o. Fn. 132).

138 Laut BGH v. 25.9.2024 (VIII ZR 58/23, Rn. 52, aaO, s.o. Fn. 132) soll die „Ausnahme Mietwagen“ auch beim Gebrauchtwagen-Leasing gelten. Ob dies den EuGH-Vorgaben entspricht, ist zweifelhaft (Maier VuR 2025, 21 [26, Abschnitt 2.2]).

139 Maier VuR 2025, 21 (25 f., Abschnitt 2.1.c).

140 Maier VuR 2025, 21 (26 f., Abschnitt 3). Zu überobligatorischen Widerrufsbelehrungen Tegel/Schiek VuR 2024, 252.

141 Zur neueren Rechtsprechung zur Vorfälligkeitsentschädigung auch Müller-Christmann BKR 2024, 983.

142 Gesetz zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie v. 11.3.2016; OLG Zweibrücken v. 22.3.2023 – 7 U 14/22, BeckRS 2023, 30605, Rn. 35 ff.

Ablösung deshalb nur an § 138 BGB zu messen.¹⁴³ Eine Anschlusszinsvereinbarung im Rahmen einer unechten Abschnittsfinanzierung ist kein Verbraucherdarlehen.¹⁴⁴ § 502 BGB sei deshalb auf die Anschlusszinsvereinbarung weder direkt noch entsprechend anzuwenden.¹⁴⁵

Art. 25 Wohnimmobilienkredit-Richtlinie 2014/17/EU gilt auch dann, wenn der Verbraucher seine Verbindlichkeiten vorzeitig erfüllt, nachdem er das Immobiliendarlehen zuvor gekündigt hat.¹⁴⁶ Im Anwendungsbereich der Richtlinie kann demnach nicht (mehr) zwischen einer Vorfälligkeitsentschädigung nach § 490 Abs. 2 Satz 3 BGB und einer solchen nach § 502 BGB unterschieden werden. Im Anwendungsbereich der Richtlinie ist § 502 BGB auch für eine Vorfälligkeitsentschädigung nach einer Kündigung (§ 490 Abs. 2 Satz 3 BGB) einschlägig.¹⁴⁷

b) Berechnung der Vorfälligkeitsentschädigung. Bei Immobiliendarlehen darf die Vorfälligkeitsentschädigung den entgangenen Gewinn des Darlehensgebers umfassen, insbesondere die entgangenen Zinsen.¹⁴⁸ Art. 25 Abs. 3 Wohnimmobilienkredit-Richtlinie stehe dem nicht entgegen. Die Berechnung müsse auch nicht berücksichtigen, in welcher Art der Kreditgeber den vorzeitig zurückgezählten Betrag tatsächlich verwendet.¹⁴⁹

Der mit der Aktiv-Passiv-Methode berechnete Zinsschaden umfasse auch die bei einer Wiederanlage in Hypothekendarlehen anfallenden negativen Renditen (Negativzinsen).¹⁵⁰ Werden demnach Negativzinsen mitberechnet, erhält die Bank bei der vorzeitigen Rückzahlung mehr als bei regulärer Erfüllung.¹⁵¹ Mit den EuGH-Vorgaben ist dies kaum vereinbar. Hiernach darf die Entschädigung den finanziellen Nachteil des Darlehensgebers nicht übersteigen.¹⁵²

Eine weitere EuGH-Vorlage des LG Ravensburg soll klären, wie bei der hypothetischen Berechnung im Rahmen der Aktiv-Passiv-Methode eine Bereicherung des Darlehensgebers vermieden werden kann.¹⁵³

c) Angaben über die Berechnung der Vorfälligkeitsentschädigung. Sprachlich intransparente Angaben über die Berechnung der Vorfälligkeitsentschädigung können unzureichend sein mit der Folge, dass der Anspruch des Darlehensgebers auf Zahlung der Entschädigung ausgeschlossen ist (§ 502 Abs. 2 Nr. 2 BGB).¹⁵⁴

Für den Zinsschaden ist der Zeitraum der rechtlich geschützten Zinserwartung maßgeblich.¹⁵⁵ Angesichts der Kündigungsmöglichkeit des § 489 Abs. 1 Nr. 2 BGB gilt dafür eine Obergrenze von zehn Jahren und sechs Monaten.¹⁵⁶ Die Angaben über die Berechnung der Vorfälligkeitsentschädigung sind deshalb unzureichend, so dass der Anspruch auf die Entschädigung entfällt (§ 502 Abs. 2 Nr. 2 BGB), wenn sie den Eindruck erwecken, die Entschädigung werde nach der restlichen Laufzeit des Darlehensvertrags berechnet, ohne Rücksicht auf den Zeitraum der rechtlich geschützten Zinserwartung.¹⁵⁷ Die Formulierung „Restlaufzeit des abzulösenden Darlehens“ ist in diesem Sinne zu verstehen¹⁵⁸, vorbehaltlich abweichender Angaben im Darlehensvertrag.¹⁵⁹

Der durch die Klausel erweckte Eindruck, dass sich der Zinsschaden nicht nach einer Laufzeit von maximal zehn Jahren und sechs Monaten, sondern nach der längeren Vertragslaufzeit be-

rechnet, hat nicht unerhebliche Auswirkungen auf die Höhe der Entschädigung und ist geeignet, einen Verbraucher von der Ausübung seines Rechts auf vorzeitige Rückzahlung abzuhalten.¹⁶⁰ Der Anspruch des Verbrauchers auf Information zur Zulässigkeit der vorzeitigen Rückzahlung, zur Höhe des Rückzahlungsbetrags und zur Höhe einer Vorfälligkeitsentschädigung (§ 493 Abs. 5 BGB) ändert daran nichts. § 493 Abs. 5 BGB betrifft den Fall, dass der Verbraucher im weiteren Verlauf der Vertragsbeziehung beabsichtigt, das Darlehen vorzeitig zurückzuführen, während Art. 247 § 7 Abs. 2 Nr. 1 EGBGB, § 502 Abs. 2 Nr. 2 BGB auf die Herstellung von Transparenz im Zeitpunkt des Vertragsschlusses abzielen.¹⁶¹ Die Vorstellung des OLG Düsseldorf¹⁶², der Darlehensgeber könne seine Angaben durch den Zusatz retten, die Entschädigung werde „nach den gesetzlichen Vorgaben und der höchstrichterlichen Rechtsprechung“ berechnet, würde nicht nur das Transparenzgebot konterkarieren.

143 OLG Brandenburg v. 2.8.2023 – 4 U 160/22, WM 2024, 268; OLG Zweibrücken v. 22.3.2023 – 7 U 14/22, BeckRS 2023, 30605, Rn. 35 f.

144 BGH v. 24.9.2019 – XI ZR 322/18, Rn. 17 f., NJW-RR 2020, 174.

145 OLG Bremen v. 27.2.2024 – 1 U 32/23, VuR 2024, 436 (Ls.) = NJW-RR 2024, 733 = WM 2024, 1126 = ZIP 2024, 2268 = ZIP 2024, 2575 (Vortmann) = WuB 2024, 336 (Rösler). Zur Vorfälligkeitsentschädigung bei Abschnittsfinanzierungen siehe auch Kalisz BKR 2023, 825.

146 EuGH v. 14.3.2024 – C-536/22, ECLI:EU:C:2024:234 (VR Bank Ravensburg-Weingarten), 1. Leitsatz, Rn. 25 ff., VuR 2024, 197 (Ls.) = NJW-RR 2024, 656 = BKR 2024, 433 mAnm Tiffe = WM 2024, 546 = ZIP 2024, 686 = EuZW 2024, 515 mAnm Knops = ZIP 2024, 1055 (Lühmann/Luca) = WuB 2024, 185 (Blankenheim). Dazu LG Ravensburg v. 8.8.2022 – 2 O 316/21, VuR 2022, 464 mAnm Maier = WM 2022, 1732, und EuGH-Generalanwalt v. 28.9.2023 – C-536/22, ECLI:EU:C:2023:721, VuR 2023, 477 (Ls.) = ZIP 2024, 445 (Ls.).

147 OLG Brandenburg v. 20.3.2024 – 4 U 35/23, VuR 2024, 237 (Ls.) = WM 2024, 1759 = WuB 2025, 5 (Rösler) = BeckRS 2024, 6180, Rn. 45-49 (ohne Bezug auf EuGH v. 14.3.2024); Jungmann BKR 2024, 482 (484, Abschnitt II.4); Müller-Christmann BKR 2024, 983 (990, Abschnitt VII.3); Rösler WuB 2025, 5 (8).

148 EuGH v. 14.3.2024 – C-536/22, 2. Leitsatz, Rn. 34 ff., aaO (s.o. Fn. 146). Anders zB Maier VuR 2022, 464 (468 f., Abschnitt 2); Knops NJW 2018, 1505, und EuZW 2023, 973.

149 EuGH v. 14.3.2024 – C-536/22, 3. Leitsatz, Rn. 49 ff., aaO (s.o. Fn. 146).

150 BGH v. 12.3.2024 – XI ZR 159/23, Rn. 17, VuR 2024, 320 (Ls.) = BGHZ 240, 38 = NJW 2024, 1749 = BKR 2024, 623 mAnm Lühmann/Richard = WM 2024, 860 = ZIP 2024, 938 = JZ 2024, 674 mAnm Mühlert/Kopke = JR 2025, 230 mAnm Schwintowski = ZIP 2024, 1246 (Rösler). Dazu Grüneberg WM 2025, 1, Rn. 29-31 (Abschnitt III), und Dehne-Niemann jurisPR-BKR 6/2024 Anm. 1. Anders die Vorinstanz (OLG Nürnberg v. 25.7.2023 – 14 U 2764/22, VuR 2023, 477, Ls. = ZIP 2024, 507).

151 Bartlitz ZIP 2024, 616 (617, Ziffer 3.2).

152 EuGH v. 14.3.2024 – C-536/22, 3. Leitsatz, Rn. 46, 50, aaO (s.o. Fn. 146).

153 LG Ravensburg v. 14.3.2025 – 2 O 134/24, VuR 2025, 239 (Ls., in diesem Heft).

154 OLG Stuttgart v. 7.2.2024 – 9 U 124/23, 2. Leitsatz, VuR 2024, 358 = NJW-RR 2024, 859, Rn. 24-30 = WM 2024, 1215 = ZIP 2024, 2016 = ZIP 2024, 2259 (Rösler) = WuB 2024, 373 (Amort).

155 BGH v. 19.1.2016 – XI ZR 388/14, Rn. 25, VuR 2018, 181 mAnm Tiffe = NJW 2016, 1382 mAnm Servais.

156 BGH v. 19.1.2016 – XI ZR 388/14, Rn. 25, aaO (s.o. Fn. 155), und v. 3.12.2024 – XI ZR 75/23, Rn. 22, 26, aaO (s.o. Fn. 157).

157 BGH v. 3.12.2024 – XI ZR 75/23, Rn. 22, VuR 2025, 143 mAnm Maier = NJW 2025, 643 mAnm Rösler = BKR 2025, 229 mAnm Pfister/Weißberger = WM 2025, 117 = ZIP 2025, 135 = ZIP 2025, 362 (Berger/Nettoven) = WuB 2025, 81 (Kalisz). Der BGH hat das Urt. der Vorinstanz (OLG Zweibrücken v. 22.3.2023 – 7 U 14/22, BeckRS 2023, 30605) bestätigt.

158 BGH v. 3.12.2024 – XI ZR 75/23, Rn. 23 f., aaO (s.o. Fn. 157).

159 BGH v. 3.12.2024 – XI ZR 75/23, Rn. 25, aaO (s.o. Fn. 157).

160 BGH v. 3.12.2024 – XI ZR 75/23, Rn. 26, aaO (s.o. Fn. 157).

161 BGH v. 3.12.2024 – XI ZR 75/23, Rn. 27, aaO (s.o. Fn. 157). Der BGH verweist hierfür auf BT-Drs. 18/5922, S. 116. Anders OLG Düsseldorf v. 14.2.2025 – 17 U 142/23, BeckRS 2025, 3789, Rn. 47; Kalisz BKR 2025, 227 (228, Abschnitt II.6).

162 OLG Düsseldorf v. 12.9.2024 – 16 U 146/23, BKR 2025, 224, Rn. 2, 32, und v. 14.2.2025 – 17 U 142/23, BeckRS 2025, 3789, Rn. 4, 41.

Auch die Angabe, bei der Berechnung der Vorfälligkeitsentschädigung werde der Darlehensgeber „so gestellt, als ob der Kredit *bis zum Ablauf der Zinsbindungsfrist* planmäßig fortgeführt worden wäre“, ist jedenfalls dann unzureichend (§ 502 Abs. 2 Nr. 2 BGB), wenn der Zins länger als zehn Jahre und sechs Monate gebunden ist.¹⁶³ Für ein Darlehen mit zehnjähriger (oder kürzerer) Zinsbindung sei dies aber nicht relevant, wenn die Zinserwartung des Darlehensgebers über den gesamten Zeitraum der vereinbarten Zinsbindung rechtlich geschützt war.¹⁶⁴

Soll die Vorfälligkeitsentschädigung nach der Aktiv-Passiv-Methode berechnet werden, ist umstritten, ob auch über die *Differenzberechnung*¹⁶⁵ informiert werden muss¹⁶⁶, oder ob es ausreicht, die für die Berechnung wesentlichen Parameter zusammenhanglos aufzuzählen.¹⁶⁷

Ist der Anspruch auf die Vorfälligkeitsentschädigung wegen unzureichender Angaben über deren Berechnung ausgeschlossen (§ 502 Abs. 2 Nr. 2 BGB), sind *Vereinbarungen* über die Zahlung der Entschädigung als Umgehungsgeschäfte unwirksam (§ 512 BGB).¹⁶⁸

3. Sparvertrag

a) Kündigung eines Prämiensparvertrags. Bei einem Sparvertrag mit Prämienstafel ist das Kündigungsrecht der Sparkasse nur bis zum Erreichen der höchsten Prämienstufe ausgeschlossen, auch wenn die Vertragsurkunde die höchste Prämie für weitere Jahre aufführt. Die höchste Prämie begründe – warum auch immer – nur in dem Jahr, in dem sie erstmals anfällt (in der Regel im 15. Sparjahr), einen besonderen Sparanreiz.¹⁶⁹ Dies gelte auch dann, wenn die jährliche Sparrate sich dynamisch erhöht. Auch dann bleibe das Verhältnis der Prämien zur jeweiligen Jahressparleistung unverändert. Die Sparprämie steige nur bis zum 15. Sparjahr prozentual an und bleibe danach prozentual gleich.¹⁷⁰ Dies ist zwar richtig, für den Sparer ist aber der Anstieg des Prämienbetrags maßgeblich.

Die Angabe „1188 Monate“ (99 Jahre) als Laufzeit eines Prämiensparvertrags steht einer Kündigung in der Regel entgegen.¹⁷¹

b) Zinsanpassung bei Prämiensparverträgen. Die Zeitreihe der Deutschen Bundesbank für Umlaufrenditen börsennotierter Bundeswertpapiere mit Restlaufzeiten von über 8 bis 15 Jahren (ehemalige Zeitreihe WU9554) genügt den Anforderungen, die im Rahmen der ergänzenden Vertragsauslegung (§§ 133, 157 BGB) an den Referenzzins für die variable Verzinsung von Prämiensparverträgen zu stellen sind.¹⁷² Die Zeitreihe für Umlaufrenditen inländischer Hypothekendarlehen mit einer Restlaufzeit von über 9 bis einschließlich 10 Jahre (ehemalige Zeitreihe WX4260) genüge diesen Anforderungen nicht.¹⁷³ Zinsen für Hypothekendarlehen enthielten ein Risikozuschlag. Die streitgegenständlichen Sparverträge seien aber eine risikolose Anlageform. Auch eine Zeitreihe, die bei Abschluss der Sparverträge noch nicht veröffentlicht war, kann als Referenz herangezogen werden.¹⁷⁴ Der Referenzzins ist nicht nach der Methode gleitender Durchschnitte zu berechnen.¹⁷⁵ Der Sparer müsse eine

etwaige Zinsnachzahlung selbst berechnen, er habe gegen die Bank keinen Anspruch auf Neuberechnung der Zinsen.¹⁷⁶

c) Verjährung des Anspruchs auf Zinsnachzahlung. Die Fälligkeit des Anspruchs auf (weitere) Zinsgutschriften ist hinausgeschoben, bis der Kunde einen solchen Anspruch geltend macht, längstens jedoch bis zum Zeitpunkt der Fälligkeit des Anspruchs auf Auszahlung der weiteren Zinsbeträge mit Beendigung des Sparvertrags.¹⁷⁷ Eine unsichere und zweifelhafte Rechtslage, die den Beginn der Verjährung bis zum BGH-Urt. v. 6.10.2021¹⁷⁸ hinausgeschoben hätte, habe aber nicht vorgelegen.¹⁷⁹

Eine richtlinienkonforme Auslegung des § 199 Abs. 1 Nr. 2 BGB, wonach es für den Beginn der Verjährung nicht nur auf die

163 OLG Brandenburg v. 20.3.2024 – 4 U 35/23, aaO (s.o. Fn. 147), BeckRS 2024, 6180, Rn. 40-44; OLG Rostock v. 17.4.2024 – 1 U 24/21, aaO (s.o. Fn. 164), BeckRS 2024, 14290, Rn. 14 f. Anders OLG Düsseldorf v. 12.9.2024 – 16 U 146/23 (nicht rechtskräftig, BGH – XI ZR 125/24), BKR 2025, 224 mAnm Kalisz, Rn. 26-32, und v. 14.2.2025 – 17 U 142/23 (nicht rechtskräftig, BGH – XI ZR 31/25), BeckRS 2025, 3789, Rn. 40 ff.; OLG Köln v. 24.5.2023 – 13 U 177/22, BeckRS 2023, 45074, Rn. 18 f. Siehe auch Maier VuR 2024, 203 (206 mit Fn. 81).

164 OLG Rostock v. 17.4.2024 – 1 U 24/21, VuR 2024, 436 (Ls.) = ZIP 2024, 2082 = ZIP 2024, 2074 (Kalisz) = BeckRS 2024, 14290, Rn. 14. Das Urt. ist nicht rechtskräftig (BGH – XI ZR 57/24). So auch OLG München v. 18.1.2024 – 19 U 3956/23, BeckRS 2024, 2553, Rn. 40-42; OLG Köln v. 26.4.2023 – 13 U 1/23, BeckRS 2023, 45076, Rn. 15.

165 Zur Differenzberechnung bei der Aktiv-Passiv-Methode BGH v. 20.2.2018 – XI ZR 445/17, Rn. 37, NJW 2018, 1812.

166 OLG Stuttgart v. 7.2.2024 – 9 U 124/23, aaO (s.o. Fn. 154), NJW-RR 2024, 859, Rn. 30.

167 OLG Rostock v. 17.4.2024 – 1 U 24/21, aaO (s.o. Fn. 164), BeckRS 2024, 14290, Rn. 9-11; OLG Köln v. 26.4.2023 – 13 U 1/23, BeckRS 2023, 45076, Rn. 13 f.

168 OLG Brandenburg v. 20.3.2024 – 4 U 35/23, aaO (s.o. Fn. 147), BeckRS 2024, 6180, Rn. 35; OLG Stuttgart v. 7.2.2024 – 9 U 124/23, 1. Leitsatz, aaO (s.o. Fn. 154), NJW-RR 2024, 859, Rn. 16-18.

169 BGH v. 17.10.2023 – XI ZR 72/22, Rn. 34, VuR 2024, 144 mAnm Maier = NJW 2024, 351, und v. 14.5.2024 – XI ZR 51/23, Rn. 25-28, BeckRS 2024, 13294. Anders jeweils die Vorinstanzen (OLG Nürnberg vom 29.3.2022 – 14 U 3259/20, VuR 2022, 223 mAnm Maier = WM 2022, 768; LG Mühlhausen v. 8.3.2023 – 1 S 37/21, VuR 2023, 260 mAnm Hofauer). Dem BGH folgend zB OLG Brandenburg v. 30.10.2024 – 4 U 56/22, BeckRS 2024, 32138, Rn. 36 f.

170 BGH v. 22.10.2024 – XI ZR 214/23, Rn. 23, VuR 2025, 37 (Ls.) = NJW-RR 2024, 1558 = BKR 2025, 29 mAnm Kalisz = WM 2024, 2191 = ZIP 2024, 2760 = ZIP 2024, 2922 (Zahrte) = WuB 2025, 37 (Schultheiß). Dazu Grüneberg WM 2025, 1, Rn. 5 (Abschnitt I.1.b). Anders die Vorinstanz (LG Trier v. 6.11.2023 – 1 S 74/23, VuR 2024, 159, Ls. = WM 2024, 173). Wie der BGH: OLG Koblenz v. 1.3.2024 – 8 U 1764/22, WM 2024, 1421 = WuB 2024, 413 (Herresthal). Anders die Vorinstanz (LG Trier v. 26.10.2022 – 6 O 133/22).

171 BGH v. 14.11.2023 – XI ZR 88/23, Rn. 39 ff., VuR 2024, 158 (Ls.) = NJW-RR 2024, 327; BayObLG v. 28.2.2024 – 101 MK 1/20, Abschnitt B.X, WM 2024, 1406 (1420 f.; dort als Abschnitt B.IX) = BeckRS 2024, 2827, Rn. 290 ff. = WuB 2024, 461 (Furche). Dazu Grüneberg WM 2025, 1, Rn. 2-4 (Abschnitt I.1.a). Dagegen Herresthal NJW 2024, 3329. Der Beschl. des BayObLG ist nicht rechtskräftig (BGH – XI ZR 29/24).

172 BGH v. 9.7.2024 – XI ZR 44/23, 1. Leitsatz, Rn. 33-37 ff., VuR 2024, 386 mAnm Maier = BGHZ 141, 107 = NJW 2024, 2751 mAnm Feldhusen NJW 2024, 3107 = BKR 2024, 804 mAnm Kalisz = WM 2024, 1503 = ZIP 2024, 1957 mAnm Wehr ZIP 2024, 2746 = ZIP 2024, 2192 (Omlor/Vormwald) = WuB 2024, 487 (Koch), und XI ZR 40/23, BKR 2024, 780. Dazu BGH Pressemitteilung Nr. 143/2024 v. 9.7.2024; Grüneberg WM 2025, 1, Rn. 6 f. (Abschnitt I.2).

173 BGH v. 9.7.2024 – XI ZR 44/23, Rn. 28-32, aaO (s.o. Fn. 172).

174 BGH v. 9.7.2024 – XI ZR 44/23, Rn. 35 f., aaO (s.o. Fn. 172).

175 BGH v. 9.7.2024 – XI ZR 44/23, 2. Leitsatz, Rn. 25-27, aaO (s.o. Fn. 172).

176 OLG Brandenburg v. 30.10.2024 – 4 U 56/22, BeckRS 2024, 32138, Rn. 42-56 = ZIP 2025, 427 (Kalisz).

177 BGH v. 9.7.2024 – XI ZR 44/23, Rn. 49, aaO (s.o. Fn. 172). Der BGH verweist hierfür auf BGH v. 6.10.2021 – XI ZR 234/20, Rn. 64 ff., aaO (s.u. Fn. 178).

178 BGH v. 6.10.2021 – XI ZR 234/20, VuR 2022, 103 (Ls.) mAnm Metz = NJW 2022, 311.

179 BGH v. 9.7.2024 – XI ZR 44/23, Rn. 50, aaO (s.o. Fn. 172).

Kenntnis bzw. die grob fahrlässige Unkenntnis von den den Anspruch begründenden Umständen, sondern auch auf die rechtliche Würdigung des Anspruchsinhabers vom Sachverhalt, mithin von den tatsächlichen Umständen, ankäme, überschritte den eindeutigen Wortlaut der Vorschrift und den Sinn und Zweck der Norm.¹⁸⁰ Dabei setzen Rechtsprechung und überwiegende Literaturmeinung ohne Weiteres voraus, dass § 199 Abs. 1 Nr. 2 BGB für den Verjährungsbeginn nur auf die *Kenntnis der tatsächlichen, nicht der rechtlichen Umstände* abstelle.¹⁸¹ Diese alt-hergebrachte, vom Wortlaut des § 199 Abs. 1 Nr. 2 BGB nicht gedeckte Auslegung ist unionsrechtlich nicht mehr haltbar.¹⁸² Nach der neueren EuGH-Rechtsprechung dürfen Ansprüche des Verbrauchers wegen missbräuchlicher Klauseln nicht verjähren, solange der Verbraucher die Missbräuchlichkeit der Klausel nicht kennt.¹⁸³ Dies gilt entsprechend für Ansprüche des Kunden auf Erstattung unberechtigter Kontoführungsentgelte wegen unwirksamer Zustimmungsfiktion (dazu unten Abschnitt III.1).

d) *Verwarentgelt* Bei Spar- und Tagesgeldkonten (ohne Zahlungsverkehrsfunktion) sind AGB-Klauseln über Verwarentgelte unwirksam.¹⁸⁴

II. Bürgschaft

1. Sittenwidrige Mithaftung bei krasser finanzieller Überforderung

Nach ständiger BGH-Rechtsprechung ist der Bürge oder Mithaftende krass finanziell überfordert, wenn er voraussichtlich nicht einmal die Zinslast aus dem pfändbaren Teil seines laufenden Einkommens und Vermögens bei Eintritt des Sicherungsfalls dauerhaft allein tragen kann.¹⁸⁵ Das OLG Nürnberg hat dies in Frage gestellt, dafür aber auf die für den Mithaftenden nicht einschlägige BGH-Rechtsprechung zur sittenwidrigen Verpflichtung des Darlehensnehmers verwiesen.¹⁸⁶ Würden Mithaftende wie Darlehensnehmer behandelt, könnte man sich die Abgrenzung¹⁸⁷ sparen. Der Fauxpas des OLG Nürnberg dürfte sich im Ergebnis aber nicht ausgewirkt haben, die krasse finanzielle Überforderung war im dortigen Fall aus anderen Gründen zweifelhaft (Grundbesitz, mietfreies Wohnen).¹⁸⁸

2. Vollmacht für Bürgschaftserklärung (Schriftform)

Das Schriftformerfordernis für die Bürgschaft (§ 766 BGB) gelte auch für die Vollmacht. § 167 Abs. 2 BGB sei insoweit nicht anzuwenden.¹⁸⁹

3. Verlängerung der Verjährungsfrist

Die dreijährige kenntnisabhängige Regelverjährung (§§ 195, 199 Abs. 1 Nr. 2 BGB) der Bürgschaftsforderung kann auch in AGB auf eine fünfjährige *kenntnisunabhängige* Verjährung verlängert werden. Die einheitliche fünfjährige Verjährung diene nicht nur einseitig den Interessen des Gläubigers. Die moderate Verjährungsverlängerung um zwei Jahre werde durch die Verkürzung der maximalen Verjährungsfrist von zehn (§ 199 Abs. 4 BGB) auf fünf Jahre kompensiert.¹⁹⁰ Im Fall des OLG Branden-

burg war die Verkürzung der kenntnisunabhängigen Verjährung tatsächlich zum Vorteil des Bürgen. Dessen Anschrift war unklar und die Klage wurde ihm nicht „demnächst“ (§ 167 ZPO) öffentlich zugestellt.¹⁹¹ Bei einer kenntnisabhängigen Verjährung wäre die Kenntnis des Gläubigers von der Schuldneranschrift eine subjektive Verjährungsvoraussetzung gewesen.¹⁹²

III. Bankkonto (Zahlungsdienste)¹⁹³

1. Erstattungsanspruch bei unwirksamer Zustimmungsfiktion

Ein Bankkunde kann sich auch dann noch auf die Unwirksamkeit einer Zustimmungsfiktionsklausel¹⁹⁴ berufen und rechtsgrundlos gezahlte Kontoführungsentgelte zurückverlangen (§ 812 Abs. 1 Satz 1 Fall 1 BGB), wenn er die von der Bank rechtsgrundlos vereinnahmten Entgelte länger als drei Jahre widerspruchsfrei gezahlt hat. Die im Rahmen der ergänzenden Vertragsauslegung von Energielieferverträgen geltende sog. *Drei-*

180 BGH v. 9.7.2024 – XI ZR 44/23, Rn. 40-47, aaO (s.o. Fn. 172). Dazu Grüneberg WM 2025, 1, Rn. 8-10 (Abschnitt I.3).

181 ZB KG Berlin v. 27.3.2024 – 26 MK 1/21, aaO (s.u. Fn. 198), Entscheidungsgründe Abschnitt B.VII.2; Edelmann WuB 2024, 157 (159, Ziffer 4), und WuB 2024, 269 (272 f., Ziffer 2); Edelmann/Schultheiß/Weil BB 2022, 1548; Fademrecht WM 2023, 1210 Rn. 3, 7, und WM 2024, 1107, Rn. 32, 41; Grigoleit WM 2023, 749, Rn. 120; Kalisz/Lühmann WM 2024, 1982, Rn. 30, 35 f.; Lühmann/Kalisz EWIR 2024, 129 (130 f., Ziffer 3.3); Piekenbrock WM 2024, 1101, Rn. 10.

182 Maier NJW 2024, 3557; VuR 2024, 301 (306 f., Abschnitt A1); VuR 2024, 386 (390 f., Ziffer 3). Siehe auch Heiderhoff WM 2023, 1985, Rn. 70; Feldhusen NJW 2023, 2905, Rn. 7-12 (Abschnitt II.3), und NJW 2024, 3107, Rn. 14-17 (Abschnitt V); Rodi BKR 2025, 205 (208 f., Abschnitt II.2.b).

183 EuGH v. 25.1.2024 – C-810/21 u.a., ECLI:EU:C:2024:81 (Caixabank u.a.), VuR 2024, 319 (Ls.) = NJW 2024, 3577 mAnm Maier NJW 2024, 3557 = WM 2024, 343 = ZIP 2024, 342 = EWIR 2024, 129 (Lühmann/Kalisz) = WuB 2024, 157 (Edelmann), sowie v. 25.4.2024 – C-561/21, ECLI:EU:C:2024:362 (Banco Santander), VuR 2024, 319 (Ls.) = BKR 2024, 1001 = WM 2024, 1121 = ZIP 2024, 1592 = ZIP 2024, 2327 (Merle/Füller), und C-484/21, ECLI:EU:C:2024:360 (Caixabank), WM 2024, 1117.

184 BGH v. 4.2.2025 – XI ZR 183/23 (Sparkonten), Rn. 45 ff., WM 2025, 482 = ZIP 2025, 634 = ZIP 2025, 757 (Omlor), und XI ZR 161/23 (Tagesgeldkonten), Rn. 38 ff., WM 2025, 574 = ZIP 2025, 766. Zu Verwarentgelten siehe auch unten Abschnitt III.2.

185 ZB BGH v. 24.11.2009 – XI ZR 332/08, Rn. 11, VuR 2010, 144 = BKR 2010, 63.

186 OLG Nürnberg v. 6.5.2024 – 14 U 388/24, BeckRS 2024, 20942, Rn. 8 mit Verweis auf BGH v. 16.3.1989 – III ZR 37/88, juris Rn. 12, NJW 1989, 1665. Das OLG hat die Berufung zurückgewiesen (§ 522 Abs. 2 ZPO) mit Beschl. v. 25.6.2024 (BeckRS 2024, 22333).

187 Zur Abgrenzung Darlehensnehmer/Mithaftender zB BGH v. 15.11.2016 – XI ZR 32/16, Rn. 15 f., NJW-RR 2017, 241.

188 LG Amberg v. 1.2.2024 – 24 O 142/23, BeckRS 2024, 20423, Rn. 50 f.

189 OLG Brandenburg v. 6.3.2024 – 4 U 61/23, BeckRS 2024, 4625, Rn. 27.

190 OLG Brandenburg v. 10.7.2024 – 4 U 125/23, BKR 2024, 871, Rn. 34-38 = IWRZ 2025, 51 mAnm Krümmel. Das OLG verweist hierfür auf BGH v. 21.4.2015 – XI ZR 200/14, Rn. 15 ff., VuR 2015, 420 mAnm Maier = NJW 2015, 334 mAnm Peters. Zur Verlängerung der *kenntnisabhängigen* Verjährung der Bürgschaftsforderung auf fünf Jahre OLG Brandenburg v. 14.6.2023 – 4 U 93/22, BeckRS 2023, 15017, Rn. 25 f. = ZIP 2024, 795 (Samhat).

191 OLG Brandenburg v. 10.7.2024 – 4 U 125/23, aaO (s.o. Fn. 190), BKR 2024, 871, Rn. 39 ff.

192 BGH v. 28.2.2012 – XI ZR 192/11, Rn. 14, VuR 2012, 226 = NJW 2012, 1645; OLG Brandenburg v. 14.6.2023 – 4 U 93/22, BeckRS 2023, 15017, Rn. 27 ff. = ZIP 2024, 795 (Samhat).

193 Siehe auch die Rechtsprechungsübersicht zum Zahlungsdiensterecht von Zahrt BKR 2025, 57.

194 Zur Unwirksamkeit der Zustimmungsfiktionsklausel BGH v. 27.4.2021 – XI ZR 26/20 (Postbank), VuR 2021, 421 mAnm Kupfer/Weiß VuR 2021, 409 = NJW 2021, 2273 mAnm Omlor NJW 2021, 2243.

*jahreslösung*¹⁹⁵ findet im Zusammenhang mit der Rückforderung rechtsgrundlos erhobener Kontoführungsentgelte keine Anwendung.¹⁹⁶ Diesen und weitere Einwände der Banken gegen Erstattungsansprüche ihrer Kunden wegen unwirksamer Zustimmungsfiktion¹⁹⁷ hat zuvor auch das Kammergericht in einem Musterfeststellungsurteil behandelt.¹⁹⁸ Nach Auffassung des Kammergerichts setzt der Beginn der regelmäßigen Verjährungsfrist (§ 199 Abs. 1 BGB) nicht voraus, dass der Verbraucher auch Kenntnis von der Unwirksamkeit der Klausel hatte oder ohne grobe Fahrlässigkeit hätte haben müssen.¹⁹⁹ Der Beginn der regelmäßigen Verjährung sei nicht wegen Unzumutbarkeit der Klageerhebung bis zum Postbank-Urteil des BGH v. 27.4.2021²⁰⁰ hinausgeschoben gewesen.²⁰¹

Die Bank muss dem Kunden auch *künftige Schäden* ersetzen, die ihm durch die Einziehung nicht wirksam vereinbarter Entgelte für die Kontoführung entstehen.²⁰² Der Kunde kann seine *Auskunftsansprüche* über Bankentgelte an ein Inkassounternehmen abtreten²⁰³, insbesondere § 399 Fall 1 BGB steht der Abtretung nicht entgegen.²⁰⁴ Die Auskunftsansprüche können aber nicht isoliert, sondern nur mit dem Hauptanspruch, dessen Vorbereitung und Berechnung sie in der Regel dienen, abgetreten werden.²⁰⁵

2. Verwarentgelte (Negativzinsen)

Der XI. BGH-Zivilsenat hat am 4.2.2025 in vier Verfahren über AGB-Klauseln zu Verwarentgelten bei Giro-, Tagesgeld und Sparkonten entschieden. Dazu Maier VuR 2025, 222 (in diesem Heft).

3. Zahlungsanweisung per E-Mail

Bestreitet der Kunde die Autorisierung eines Zahlungsvorgangs, muss der Zahlungsdienstleister die Autorisierung beweisen (§ 675w BGB). Die Beweislast des Zahlungsdienstleisters hängt nicht davon ab, ob bei dem Zahlungsvorgang ein Zahlungsinstrument mit personalisierten Sicherheitsmerkmalen verwendet wurde.²⁰⁶ Obwohl bei einer Zahlungsanweisung per E-Mail die personalisierten Sicherheitsmerkmale fehlen, handle es sich dennoch um ein Zahlungsinstrument, wenn Zahler und Zahlungsdienstleister für die Erteilung von Zahlungsaufträgen diesen Verfahrensablauf vereinbart und verwendet haben.²⁰⁷ Wegen Pflichtverletzungen des Kunden, die von § 675v Abs. 2 BGB aF (§ 675v Abs. 3 idF seit dem 13.1.2018) nicht erfasst werden, wird ein etwaiger Schadensersatzanspruch der Bank aus § 280 Abs. 1 BGB durch § 675v BGB gesperrt.²⁰⁸

4. Zahlungskarten

a) *Missbräuchliche Verwendung einer Zahlungskarte.* Beim Zahlungskartenmissbrauch mit richtiger PIN komme der Anscheinsbeweis für einen groben Sorgfaltspflichtverstoß des Zahlungsdienstnutzers zur Anwendung, wenn der Zahlungsdienstleister darlegt und beweist, dass er grundsätzlich ein praktisch unüberwindliches Sicherheitssystem anwendet, und dass es im maßgeblichen Zeitraum zu keinem Generalversagen dieses Systems gekommen ist. Sodann obliege es dem Zahlungsdienstnut-

zer, den Anscheinsbeweis zu erschüttern, indem er Tatsachen vorträgt und ggf. beweist, die die ernsthafte Möglichkeit eines atypischen Geschehensablaufs konkret nahelegen. Erst in einem dritten Schritt – nach gelungener Erschütterung – obliege dem Zahlungsdienstleister Darlegung und Beweis, dass das Sicherheitssystem im konkreten Fall ordnungsgemäß angewendet worden ist und fehlerfrei funktioniert hat.²⁰⁹

Eine vermeintliche grobe Fahrlässigkeit des Zahlungsdienstnutzers aus einem Anscheinsbeweis abzuleiten, obwohl der Zahlungsdienstleister hierfür keine unterstützenden Beweismittel vorgelegt hat, ist mit § 675w Satz 4 BGB²¹⁰ aber kaum vereinbar.²¹¹ Bei der Anwendung des Anscheinsbeweises sind zumindest die Wertungen von § 675w Satz 3 und 4 BGB zu berücksichtigen, die unionsrechtskonform ausgelegt werden müssen. Die Grundsätze des Anscheinsbeweises dürfen daher nicht

195 Zur Dreijahresjahreslösung bei Energielieferungsverträgen zB BGH v. 14.3.2012 – VIII ZR 113/11, NJW 2012, 1865, und v. 25.9.2024 – VIII ZR 165/21, VuR 2025, 159 (Ls.) = NJW 2025, 647.

196 BGH v. 19.11.2024 – XI ZR 139/23, Leitsatz, Rn. 21-24, VuR 2025, 147 mAnm Stößer/Kallenbach = NJW 2025, 577 mAnm Schultess = BKR 2025, 258 mAnm Zahrte = WM 2025, 113 = ZIP 2025, 137 = ZIP 2025, 296 (Rodi) = WuB 2025, 128 (Herresthal). Dazu BGH Pressemitteilung Nr. 219/2024 v. 19.11.2024.

197 Zu den Einwänden der Banken auch Zerres VuR 2024, 294.

198 KG Berlin v. 27.3.2024 – 26 MK 1/21, VuR 2024, 301 = BKR 2024, 613 mAnm Omlor = WM 2024, 927 = ZIP 2024, 1256 (Ls.) = WuB 2024, 269 (Edelmann). Das Urteil ist nicht rechtskräftig (BGH – XI ZR 45/24).

199 KG Berlin v. 27.3.2024 – 26 MK 1/21, aaO (s.o. Fn. 198), Entscheidungsgründe Abschnitt B.VII.2. So wohl auch BGH v. 19.11.2024 – XI ZR 139/23, Rn. 24, aaO (s.o. Fn. 196). Der BGH verweist hierfür auf BGH v. 9.7.2024 – XI ZR 44/23, Rn. 45 f., aaO (s.o. Fn. 172). Dagegen oben Abschnitt I.3.c.

200 BGH v. 27.4.2021 – XI ZR 26/20 (Postbank), aaO (s.o. Fn. 194).

201 KG Berlin v. 27.3.2024 – 26 MK 1/21, aaO (s.o. Fn. 198), Entscheidungsgründe Abschnitt B.VII.4. Dagegen Maier VuR 2024, 301 (307 f., Abschnitt A.1.4).

202 BGH v. 19.11.2024 – XI ZR 139/23, Rn. 32-34, aaO (s.o. Fn. 196).

203 BGH v. 24.9.2024 – XI ZR 111/23, VuR 2025, 157 (Ls.) = NJW 2024, 3781 = BKR 2024, 1052 mAnm Zahrte = WM 2024, 2180 = ZIP 2024, 2700 = ZIP 2025, 126 (Casper) = WuB 2025, 40 (Lühmann/Taufmann) = LMK 2024, 826456 (Omlor). Dazu BGH Pressemitteilung Nr. 187/2024 v. 30.9.2024; Grüneberg WM 2025, 1, Rn. 32-35 (Abschnitt IV).

204 BGH v. 24.9.2024 – XI ZR 111/23, 4. Leitsatz, Rn. 19-35, aaO (s.o. Fn. 203).

205 BGH v. 24.9.2024 – XI ZR 111/23, 5. Leitsatz, Rn. 37, aaO (s.o. Fn. 203).

206 BGH v. 5.3.2024 – XI ZR 107/22, Rn. 33 ff., VuR 2024, 358 (Ls.) = BGHZ 240, 23 = WM 2024 844 = ZIP 2024, 996 = JR 2025, 222 mAnm Maier = ZIP 2024, 1370 (Piekenbrock) = WuB 2024, 286 (Richrath) = LMK 2024, 818716 (Omlor). Der BGH hat das Urteil der Vorinstanz (OLG Karlsruhe v. 12.4.2022 – 17 U 823/20, VuR 2022, 399, Ls. = WM 2022, 1581) bestätigt.

207 BGH v. 5.3.2024 – XI ZR 107/22, Rn. 39, aaO (s.o. Fn. 206).

208 BGH v. 5.3.2024 – XI ZR 107/22, Rn. 53, aaO (s.o. Fn. 206). Der BGH verweist hierfür auf BGH v. 17.11.2020 – XI ZR 294/19, VuR 2021, 156 (Ls.) = NJW 2021, 1458 (zu einer gefälschten Zahlungsanweisung per Fax). Zu dieser Sperrwirkung des § 675v BGB kritisch Einsele WuB 2022, 417 (420); Piekenbrock ZIP 2024, 1370 (1371).

209 OLG Dresden v. 13.3.2024 – 5 U 589/23, VuR 2024, 477 (Ls.) = NJW-RR 2024, 1052 = BKR 2024, 826 (Brinkmann) = WM 2024, 1165 = ZIP 2024, 2398 = ZIP 2024, 2689 (Hettenbach) = WuB 2024, 332 (Schinkels). Das OLG hat die Revision nicht zugelassen und die Beschwerde der Klägerin liegt unter 20.000 EUR, eine Nichtzulassungsbeschwerde ist deshalb nicht zulässig (§ 544 Abs. 2 Nr. 1 ZPO). Das OLG hätte die Frage des Anscheinsbeweises für einen groben Sorgfaltspflichtverstoß des Zahlungsdienstnutzers deshalb dem EuGH vorlegen müssen (Schinkels WuB 2024, 332 [335, Abschnitt 4]).

210 § 657w Satz 4 BGB setzt Art. 72 Abs. 2 Satz 2 der Zweiten Zahlungsdienste-Richtlinie (EU) 2015/2366 um (BT-Drs. 18/11495, 168).

211 Schinkels WuB 2024, 332 (334 f., Abschnitt 3); Maier VuR 2022, 108 (109 f.).

so angewendet werden, dass sie praktisch einer Umkehr der Beweislast gleichkommen.²¹²

Der Kunde kann den Anscheinsbeweis erschüttern, indem er im konkreten Einzelfall Tatsachen darlegt und ggf. beweist, die eine ernsthafte, ebenfalls in Betracht kommende Möglichkeit einer anderen Ursache (alternativer Geschehensablauf) nahelegen, etwa ein Diebstahl der Zahlungskarte nach vorherigem Ausspähen der PIN in engem zeitlichem und räumlichem Zusammenhang mit ihrer missbräuchlichen Verwendung.²¹³ Dass der Dieb bei einem Zahlungsvorgang des Kunden die PIN ausspähen konnte, begründe keine grobe Fahrlässigkeit des Kunden, wenn dieser die PIN-Eingabe „so gut wie möglich“ abgeschirmt hat.²¹⁴

b) Altersdiskriminierung.²¹⁵ Das hohe Alter des Antragstellers ist kein sachlicher Grund, den Abschluss eines Kreditkartenvertrags abzulehnen.²¹⁶ Im Fall des LG Kassel ist die Entschädigung (§ 21 Abs. 2 Satz 3 AGG) mit 3.000 EUR eher niedrig ausgefallen.²¹⁷ Wenn das LG Kassel einerseits erkennt, dass eine Entschädigung unter 3.000 EUR bei einer Bank rein symbolischen Charakter hätte²¹⁸, ist nicht recht nachvollziehbar, dass es andererseits eine höhere Entschädigung für unverhältnismäßig hielte. Da nur die Beklagte Berufung eingelegt hat, konnte das LG aber ohnehin keine höhere Entschädigung zusprechen (§ 528 ZPO).

5. Online-Banking

a) Grobe Fahrlässigkeit des Kunden (§ 675v Abs. 3 BGB). Um dem Anspruch des Kunden nach § 675u Satz 2 BGB einen Schadensersatzanspruch nach § 675v Abs. 3 Nr. 2 BGB entgegenhalten zu können, muss der Zahlungsdienstleister die grobe Fahrlässigkeit des Kunden darlegen und beweisen. Insofern trägt der Kunde eine sekundäre Vortragslast. Bestehen keine Anhaltspunkte dafür, dass der Kunde von den Transaktionen Kenntnis hatte oder daran mitgewirkt hat, könne von ihm diesbezüglich aber naturgemäß kein weiterer Vortrag verlangt werden.²¹⁹

Ein in den Bedingungen für das Online-Banking enthaltenes Verbot, Banking-App und Autorisierungs-App auf demselben Gerät zu betreiben, sei unwirksam, wenn die Klausel über das berechnete Interesse des Zahlungsdienstleisters hinaus allgemein die Löschung oder Änderung einer nicht mehr für das konkrete Autorisierungsverfahren eingesetzten Telefonnummer verlangt. Eine solche Bedingung verletzt das Gebot einer objektiv sachlichen Nutzungsregelung (§ 675l Abs. 2 BGB). Ob ein Verstoß des Kunden gegen ein solches Verbot eine grob fahrlässige Pflichtverletzung darstellen würde (§ 675v Abs. 3 Nr. 2b BGB), könne deshalb dahinstehen.²²⁰

Der Kunde handle grob fahrlässig, wenn er TANs an einen sich als vermeintlicher Bankmitarbeiter ausgebenden Anrufer telefonisch weitergibt. Dem stehe nicht entgegen, wenn der Anruf unter Anzeige der Rufnummer der Bank erfolgt (Call-ID Spoofing) und der Anrufer kontobezogene Daten des Kunden kennt.²²¹

b) Starke Kundenauthentifizierung Muss der Zahlungsdienstleister aufsichtsrechtlich²²² keine starke Kundenauthentifizierung (§ 1 Abs. 24 ZAG) verlangen, sei diese Ausnahme auch zi-

vilrechtlich zu beachten. Die Nichtanwendung einer starken Kundenauthentifizierung schließe dann weder Schadensersatzansprüche des Zahlungsdienstleisters aus (§ 675v Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 BGB), noch begründe sie einen im Rahmen des Mitverschuldens (§ 254 BGB) relevanten Sorgfaltsverstoß des Zahlungsdienstleisters.²²³ Dieser Gleichklang von Aufsichts- und Zivilrecht im Recht der Zahlungsdienste entspricht der überwiegenden Literaturmeinung.²²⁴ Fraglich ist aber, ob der Wortlaut des § 675v Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 BGB in diesem Sinne aufsichtsrechtlich zu Lasten des Zahlungsdienstnutzers reduziert werden kann.²²⁵

Unter Verweis auf den Gleichklang von Aufsichts- und Zivilrecht wird angenommen, dass der Zugang zum Online-Banking („lesender Zugriff“) noch keine starke Kundenauthentifizierung erfordere. Eine starke Kundenauthentifizierung müsse erst beim konkreten Zahlungsvorgang verlangt werden.²²⁶ Art. 10 Abs. 1

212 AG Hamburg-Altona v. 16.4.2024 – 318b C 192/23, VuR 2024, 359 (Ls.) = BeckRS 2024, 23034, Rn. 24 mit Verweis auf BGH v. 26.1.2016 – XI ZR 91/14, Rn. 19 ff., VuR 2016, 264 mAnm Metz = NJW 2016, 2024 mAnm Knops (zum Anscheinsbeweis beim Online-Banking).

213 AG Hamburg-Altona v. 16.4.2024 – 318b C 192/23, aaO (s.o. Fn. 212), BeckRS 2024, 23034, Rn. 25. Entsprechend OLG Stuttgart v. 8.2.2023 – 9 U 200/22, VuR 2023, 278 (Ls.) = NJW-RR 2023, 1024, Rn. 26-28 (Anscheinsbeweis nicht „erschüttert“, sondern ausgeschlossen, wenn ein alternativer Geschehensablauf naheliegt).

214 AG Hamburg-Altona v. 16.4.2024 – 318b C 192/23, aaO (s.o. Fn. 212), BeckRS 2024, 23034, Rn. 26. Siehe auch OLG Stuttgart v. 8.2.2023 – 9 U 200/22, aaO (s.o. Fn. 213), NJW-RR 2023, 1024, Rn. 29.

215 Zur Altersdiskriminierung bei der Kreditvergabe Metz VuR 2025, 52; Damer-Blanken BKR 2024, 425; Freitag WM 2025, 377; iff, Altersdiskriminierung bei der Kreditvergabe, 2023 (beck-link.de/e83ew). Zur Diskriminierung in der Finanzbranche auch Eufinger WM 2025, 641.

216 LG Kassel v. 23.9.2024 – 4 S 139/23, VuR 2025, 78 (Ls.) = NJW 2025, 761 mAnm Müller = NZA 2025, 260 = ZIP 2025, 494 (Korff). Das LG hat das Ur. der Vorinstanz (AG Kassel v. 7.9.2023 – 435 C 777/23, BKR 2024, 297 mAnm Wedemann; dazu Heither VuR 2024, 18) bestätigt.

217 LG Kassel v. 23.9.2024 – 4 S 139/23, aaO (s.o. Fn. 216), NJW 2025, 761, Rn. 37-44. Zur angemessenen Entschädigung in solchen Fällen Heither VuR 2023, 18 (20); Maier ZIP 2024, 1443 (1444, Ziffer 3.3).

218 LG Kassel v. 23.9.2024 – 4 S 139/23, aaO (s.o. Fn. 216), NJW 2025, 761, 44.

219 LG Berlin II v. 15.1.2025 – 10 O 353/23, VuR 2025, 239 (Ls., in diesem Heft).

220 LG Berlin II v. 15.1.2025 – 10 O 353/23, aaO (s.o. Fn. 219).

221 OLG Bremen v. 15.4.2024 – 1 U 47/23, 1. Leitsatz, VuR 2024, 400 (Ls.) = NJW-RR 2024, 1174 = BKR 2024, 729 (Dahmen) = WM 2024, 1508 = ZIP 2024, 1718 = ZIP 2024, 2390 (Linardatos) = WuB 2024, 469 (Schinkels), und v. 30.8.2024 – 1 U 32/24, 7. Leitsatz, VuR 2025, 78 = NJW-RR 2025, 48 = BKR 2025, 135 mAnm Franke = WM 2024, 2235 = ZIP 2025, 243 (John). Auf die beiden Hinweisbeschl. des OLG Bremen haben die Kunden ihre Berufung jeweils zurückgenommen. Zum Call-ID Spoofing anders LG Köln v. 8.1.2024 – 22 O 43/23, BeckRS 2024, 1144, Rn. 22, mAnm Johannes BKR 2024, 339 (nicht rechtskräftig, OLG Köln – 13 U 18/24). Zu dieser und weiteren Fallgruppen der aktuellen Rechtsprechung zur groben Fahrlässigkeit des Kunden bei unautorisierten Zahlungen auch Kirchner RdZ 2025, 44.

222 § 55 Abs. 5 ZAG iVm Art 98 Zweite Zahlungsdienste-Richtlinie (EU) 2015/2366 iVm Delegierte Verordnung (EU) 2018/389 (technische Regulierungsstandards, RTS).

223 OLG Bremen v. 15.4.2024 – 1 U 47/23, Leitsätze 4 und 5, aaO (s.o. Fn. 221).

224 OLG Bremen v. 15.4.2024 – 1 U 47/23, aaO (s.o. Fn. 221), NJW-RR 2024, 1174, Rn. 32. So auch OLG Naumburg v. 22.5.2024 – 5 U 11/24, BeckRS 2024, 26554, Rn. 55, und v. 30.10.2024 – 5 U 35/24, BeckRS 2024, 40340, Rn. 43; OLG Brandenburg v. 15.1.2025 – 4 U 32/24, BeckRS 2025, 1194, Rn. 50.

225 Hoffmann VuR 2016, 243 (250, Abschnitt III.4); BeckOK BGB/Schmalenbach, § 675v Rn. 17a; Dahmen BKR 2024, 735.

226 OLG Naumburg v. 22.5.2024 – 5 U 11/24, BeckRS 2024, 26554, Rn. 64, und v. 30.10.2024 – 5 U 35/24, BeckRS 2024, 40340, Rn. 47-50; OLG Brandenburg v. 15.1.2025 – 4 U 32/24, BeckRS 2025, 1194, Rn. 53. Anders LG Berlin II v. 28.8.2024 – 37 O 120/22, VuR 2025, 199 (Ls.) = BeckRS 2024, 41883 (nicht rechtskräftig, KG Berlin – 26 U 149/24).

Delegierte Verordnung (EU) 2018/389 stellt Zahlungskontoinformationen aber nur dann von der starken Kundenauthentifizierung frei, wenn dabei keine sensiblen Zahlungsdaten offengelegt werden. Sensible Zahlungsdaten sind Daten, die für betrügerische Handlungen verwendet werden können. Der Name des Kontoinhabers und die Kontonummer sind (nur) für die Tätigkeiten von Zahlungsauslöse- und Kontoinformationsdiensten keine sensiblen Zahlungsdaten (§ 1 Abs. 26 ZAG), auch wenn bereits diese Daten (Name des Kontoinhabers und Kontonummer) für einen beleghaften Überweisungsbetrag verwendet werden können.²²⁷ Der Zugang zum Online-Banking dürfte demnach kaum ohne Offenlegung sensibler Zahlungsdaten möglich sein.²²⁸

Ein Zahlungsdienstleister müsse Vorgänge, die der Freigabe im Wege einer starken Kundenauthentifizierung bedürfen, so transparent und unmissverständlich gestalten, dass ein durchschnittlicher Kunde versteht, was er mit der Freigabe auslöst, d.h. welche Konsequenzen die Freigabe hat, und dass er gerade im Begriff ist, einen entsprechend konkret bezeichneten Vorgang freizugeben. Ermöglicht die Freigabe eines solchen Vorgangs die Anmeldung neuer Endgeräte zur Autorisierung von Zahlungen („Portalanmeldung“) und weist der Zahlungsdienstleister hierauf nicht transparent und unmissverständlich hin, sei für die Anmeldung eines neuen Endgeräts zur Autorisierung von Zahlungen erneut eine Freigabe im Wege der starken Kundenauthentifizierung erforderlich.²²⁹

6. Warn- und Hinweispflichten der Bank²³⁰

a) *Bargeldabhebung (Enkeltrick, Schockanrufe).*²³¹ Auch bei erheblichen Bargeldabhebungen durch einen betagten Kunden habe die Bank nur bei objektiver Evidenz aufgrund massiver Verdachtsmomente eine Warn- und Hinweispflicht.²³²

b) *Empfängerbank.* Im mehrgliedrigen Überweisungsverkehr kann der Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers vor Gutschrift eines Überweisungsbetrags verpflichtet sein, gegenüber seiner Zwischenbank einen Hinweis wegen Gefährdung der Interessen des Zahlers zu erteilen, wenn die Gefährdung objektiv evident ist.²³³

c) *Vermutung aufklärungsrichtigen Verhaltens.* Die „Vermutung aufklärungsrichtigen Verhaltens“, die eine echte Umkehr der Darlegungs- und Beweislast zugunsten des Aufklärungsbedürftigen begründet, gilt nicht nur für alle Aufklärungs- und Be-

ratungsfehler eines Anlageberaters²³⁴, sondern auch für die Verletzung von Warn- und Hinweispflichten durch eine Bank im Zahlungsverkehr.²³⁵ Ob die Vermutung – ebenso wie in der Anlageberatung – auch im Zahlungsverkehr unabhängig von einem Entscheidungskonflikt des Geschädigten eingreift²³⁶, ist unklar.

7. Kündigung des Zahlungsdienstleistungsvertrags (Genossenschaftsbank)

Aufgrund des Förderzwecks einer Genossenschaftsbank kann die Ausübung des Kündigungsrechts (Nr. 19 Abs. 1 AGB-Banken) gegenüber einem Mitglied der Genossenschaft im konkreten Einzelfall gegen § 242 BGB verstoßen.²³⁷ Die Kündigung ist aber nicht treuwidrig, wenn dafür ein sachlicher Grund besteht.²³⁸

227 BT-Drs. 18/11495, 111 (zu Absatz 26).

228 Schulte am Hülse/Steinsdörfer *VuR* 2025, 172 (175, Abschnitt II.4).

229 AG Stuttgart v. 30.1.2025 – 1 C 3793/24, *VuR* 2025, 182 mAnm Keunecke (nicht rechtskräftig, LG Stuttgart – 4 S 29/25). Zu einem ähnlichen Sachverhalt anders AG München vom 21.1.2025 – 222 C 15098/24, BeckRS 2025, 5067 (dazu beclink 2033792).

230 Zu Warnpflichten der Banken zum Schutz ihrer Kunden Zahrte BKR 2024, 593.

231 Zu Warnpflichten der Bank bei Enkeltrick und Schockanrufen Dehne-Niemann *jurisPR-BKR* 12/2024 Anm. 1, und *jurisPR-BKR* 1/2025 Anm. 4.

232 OLG Nürnberg v. 18.11.2024 – 14 U 2275/22, BKR 2025, 361 mAnm Dehne-Niemann. Auf den Hinweisbeschl. des OLG hat der Kläger seine Berufung zurückgenommen (OLG Nürnberg Pressemitteilung Nr. 5/2025 v. 30.1.2025). Zu Warn- und Hinweispflichten der Bank in solchen Fällen auch OLG Karlsruhe v. 29.9.2023 – 17 U 10/23, BeckRS 2023, 55356; LG Dortmund v. 24.1.2024 – 3 O 340/23 (nicht rechtskräftig, OLG Hamm – 31 U 9/24), BKR 2024, 323 mAnm Lang/Hofauer = ZIP 2024, 1323 = ZIP 2024, 1824 (Salger); LG Bonn v. 7.8.2024 – 2 O 112/24, BKR 2025, 46.

233 BGH v. 14.5.2024 – XI ZR 327/22, 2. Leitsatz, Rn. 25–30, *VuR* 2024, 399 (Ls.) = BGHZ 240, 312 = NJW 2024, 2319 = BKR 2024, 683 mAnm Mohrbutter BKR 2024, 660 = WM 2024, 1160 = ZIP 2024, 1453 = JZ 2025, 264 mAnm Casper = ZIP 2024, 1523 (Herresthal) = WuB 2024, 327 (Dieckmann). Zu Ansprüchen des Zahlers bei Pflichtverletzungen der Empfängerbank auch Pucks *VuR* 2023, 253.

234 BGH v. 8.5.2012 – XI ZR 262/10, Rn. 28 ff., *VuR* 2012, 405 mAnm Wiewel = NJW 2012, 2427.

235 BGH v. 14.5.2024 – XI ZR 327/22, 3. Leitsatz, Rn. 36, aaO (s.o. Fn. 233).

236 Zur Vermutung beratungsrichtigen Verhaltens im Bereich der Notarhaftung insoweit einschränkend BGH v. 15.6.2023 – III ZR 44/22, Rn. 17 ff., NJW 2023, 3498.

237 BGH v. 15.10.2024 – XI ZR 50/23, Rn. 21, *VuR* 2025, 37 (Ls.) = NJW 2024, 3714 = BKR 2025, 42 mAnm Konow = WM 2024, 2184 = ZIP 2024, 2698 = ZIP 2024, 2980 (Brocker). Der BGH verweist dafür auf BGH v. 15.1.2023 – XI ZR 22/12, Rn. 25, NJW 2013, 1519 mAnm Omlor.

238 BGH v. 15.10.2024 – XI ZR 50/23. Rn. 23 f., aaO (s.o. Fn. 237). Die Kündigung durch eine Sparkasse als Anstalt des öffentlichen Rechts erfordert generell einen sachgerechten Grund (BGH v. 5.5.2015 – XI ZR 214/14, Rn. 12, NJW 2015, 2412).